

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 155

SOMMER 2004

€ 0,50

Übergangsregierung – Marionette der kolonialen Besatzer US- und alliierte Truppen raus aus dem Irak! Keine UN/NATO-Truppen!

Am 28. Juni verkündete Bush auf dem NATO-Gipfel in Istanbul die angebliche Übergabe der „Souveränität“ an die irakische Übergangsregierung. Da faktisch nichts übergeben wurde, konnte die Übergabe auch mit dem Schnippen eines Fingers um drei Tage vorverlegt werden, um einen kleinen Show-Effekt bei den NATO-Verhandlungen zu erzielen. Bushs Werben um NATO-Unterstützung für die Irakbesetzung scheiterte jedoch an der Opposition Deutschlands und Frankreichs, die zurzeit nicht bereit sind, ein US-treues Regime zu stützen, das ihren eigenen imperialistischen Interessen in der Region zuwiderläuft. Was für eine „Souveränität“ den Irakern übergeben wurde, kann man daran ermesen, dass der Chef dieser Regierung, Ijad Allawi, auf der Gehaltsliste der CIA steht! Dieser Marionettenstaat wird die „Kontrolle“ über alles haben, außer ... das



Reuters

US-Besatzungstruppen patrouillieren durch Sadr City, Bagdad

Militär und die Wirtschaft! Die etwa 100 000 US-Soldaten sollen noch Jahre im Land bleiben. Die Vereinigten Staaten haben außerdem ein Gesetz verfügt, das unter den Bedingungen der Übergangsverfassung unveränderbar ist und das die irakische Wirtschaft ausländischen Eigentümern öffnet. Darüber hinaus werden die Gelder zum „Wiederaufbau“ des Irak von der US-Botschaft verwaltet werden, deren Leiter John Negroponte in den 80er-Jahren eine führende Rolle bei der Finanzierung und Ausbildung von im Drogenhandel tätigen, sadistischen Folterbanden in Zentralamerika spielte.

Wie unsere Genossen der Spartacist League/U.S. im Artikel „Imperialists Carry Out Massacre in Falluja“ [Imperialisten verüben Massaker in Falludscha], *Workers Vanguard* Nr. 824 (16. April), schrieben:

„Das koloniale Gemetzel wird nicht enden, solange die imperialistischen US-Streitkräfte, von den ‚Koalitions‘-Verbündeten bis zu den 15 000 Söldnern und CIA-Agenten, im Irak sind. Sie müssen abziehen, *jetzt!* Doch die Imperialisten werden ihre Oberherrschaft über die Region nicht aufgeben, ehe sie nicht dazu durch Arbeiterklassenkampf sowohl zu Hause in den imperialistischen Zentren als auch im Nahen Osten gezwungen werden.“

Die Gräueltaten der Gefängnisfolterungen von Abu Ghraib haben in den USA die Unterstützung für die Besetzung untergraben. Während die Meinungsumfragen eine zunehmende Opposition unter der amerikanischen Bevölkerung zeigen und es nur noch wenige Monate bis zu den Präsidentschaftswahlen sind, versucht die Bush-Regierung

Fortgesetzt auf Seite 19

Bundeswehr raus aus Afghanistan, Balkan!



**Aus der Todeszelle:
Hier spricht Mumia Abu-Jamal**

Im Schatten des Gefängnisses Abu Ghraib

Die Farbfotos aus dem gefürchteten Gefängnis Abu Ghraib am Stadtrand von Bagdad gehen um die Welt, ein schweigendes und doch beredtes Zeugnis dafür, was Amerikaner wirklich über die Leute denken, zu deren „Befreiung“ sie angeblich herkamen.

Besonders im Zeitalter des Internets rasen die Bilder durch die arabische und muslimische Welt und zeigen eine Seite der amerikanischen Wesensart, die man besonders im Ausland selten zu sehen bekommt.

Die Bilder nackter arabischer Männer – auf einigen Fotos posieren lachende, jubelnde US-Frauen – sind der Gipfel an Erniedrigung; das zeigt jedem, der sehen kann, dass Amerikaner die Iraker, und damit auch andere Araber, zu tiefst verachten.

„Das ist nicht Amerika“, murrte ein Politiker.

„Ich bin entsetzt!“, ruft noch ein anderer aus.

Doch was wirklich entsetzlich ist und vielleicht noch mehr die Haare zu Berge stehen lässt als die gezeigten Pyramiden nackter Menschen, ist die reine hämische Freude, die auf den Gesichtern der Amerikaner zu sehen ist.

Die Fotos, die in britischen Boulevardblättern in reißerischer Aufmachung erschienen sind und Soldaten zeigen, die auf nackte Iraker urinieren – pissen! –, erzählen die gleiche traurige Geschichte.

Das ist Verachtung, Hass, Missachtung und Eroberung – in Aktion.

Sind die Amerikaner und die Briten Befreier oder Besatzer?

Man muss nur in die Gesichter auf den Fotos von Abu Ghraib gucken, um die Antwort zu erkennen.

Als ich kürzlich mit Emory Douglas sprach, dem gefeierten früheren Kulturminister der Black Panther Party und wichtigsten künstlerischen Gestalter ihrer legendären Zeitung *The Black Panther*, rief Emory ein Bild in Erinnerung, das schon Geschichte und fast vergessen war.

Er erinnerte mich an eine Polizeirazzia gegen die Büroräume der Black Panther Party in West-Philadelphia am

31. August 1970, als die Polizei mit automatischen Waffen in der Hand Männer auf der Straße zwang, sich auszuziehen.

Ich dachte auch an den berühmten Fall von Charles Stuart aus Boston, als ein Weißer behauptete, ein Schwarzer habe seine Frau getötet. Die Bullen fielen wie eine Plage in den Straßen von Roxbury ein, das Schwarzenviertel von Boston. In den Straßen von Beantown zwangen sie Männer, sich auszuziehen.

Viele der Amerikaner, die im Irak in den Gefängnissen arbeiten, besonders von den Reserveeinheiten, sind in ihrem Zivilleben Bullen oder Gefängniswärter. Tatsächlich arbeitet einer der Männer, die als verdächtig identifiziert wurden, die brutale Misshandlung an den Menschen in Abu Ghraib begangen zu haben – tatsächlich ein Corporal [Unteroffizier] in der Armee –, hier beim SCI Greene [Staatsgefängnis in Waynesburg, Pennsylvania]!

Die schreckliche Behandlung der Iraker in Abu Ghraib hat ihre finsternen Präzedenzfälle in den Gefängnissen und Polizeiwachen von ganz Amerika.

Der Journalist Seymour Hersh von dem Magazin *The New Yorker* hat behauptet, dass es dort in Abu Ghraib Fälle von Analverkehr gegen Iraker gegeben hat und sogar Mord. Kommt der Name Abner Louima bekannt vor?

Wenn man jemanden hasst; wenn man sie missachtet; wenn man sie fürchtet, wie kann man sie „befreien“?

Wie wir ganz von Anfang an gesagt haben, geht es bei dem Irak-Abenteuer nicht um die „Befreiung“ eines unterdrückten Volkes, und ging es auch nie. Tatsächlich deutet eine kürzlich durchgeführte Meinungsumfrage von CNN/*USA Today* darauf hin, dass die Iraker zu dieser Schlussfolgerung gekommen sind, wobei 71 Prozent erklärten, die Amerikaner seien „Besatzer“.

Amerikaner mögen es „Befreiung“ nennen, doch sie bringen Folter, Erniedrigung und Vorherrschaft.

Auch sind diese Vorkommnisse nicht das Werk von Leuten, die „unausgebildet“, „schlecht ausgebildet“ oder, was immer praktisch ist, „schwarze Schafe“ sind.

Wie wir oben vorgebracht haben, waren viele von denen, die dort im Irak sind, und hunderte von denen, die im Gefängnis Abu Ghraib arbeiten, Soldaten der Reserve und waren im Zivilleben von Beruf aus Gefängniswärter und Bullen. Sie sind vielleicht besser ausgebildet als die durchschnittliche MP [Militärpolizei].

Fällt nicht darauf herein.

Es passt irgendwie, dass diese verkommenen Taten in einem der furchtbarsten Gulags des Hussein-Regimes geschahen; das zeigt die Kontinuität von Folter und Terror.

Nun, bereiten wir uns auf die unvermeidliche Schönfärberei vor.

Diejenigen von uns, die sich in der Geschichte auskennen, sind sich sicher: Sie wird ganz bestimmt kommen.

3. Mai 2004

© 2004 Mumia Abu-Jamal

**Spendet großzügig und noch heute für
die Rechtsverteidigung Jamals!**

Komitee für soziale Verteidigung: Werner Brand, Commerzbank Berlin, Konto 590 109 500, BLZ 100 400 00, Stichwort „Jamal“.

SPARTAKIST



herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10179 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 155

SOMMER 2004

Nach Attacke auf Mumia-Unterstützer beim Karneval der Kulturen

Rassistischer Aufmarsch von „Antideutschen“ in Neukölln/Kreuzberg

Am 10. Juli gingen über 250 Leute gegen einen rassistischen, antiarabischen Aufmarsch von 150 „Antideutschen“ durch die Berliner Immigrantenbezirke Neukölln und Kreuzberg auf die Straße. Bereits am Startpunkt der bundesweit mobilisierten Provokation, dem Hermannplatz, protestierten wir zusammen mit anderen Linken und Immigranten, unter anderen Unterstützer des Gegeninformationsbüros, der Revo-Jugend, der Kreuzberger PDS-Jugendgruppe Solid 36 und der Revolutionären Kommunisten. Unter wehenden Israel- und US-Fahnen, schützend umringt von gut 200 deutschen Bullen in Kampfmontur, zogen die Rassisten vom Startpunkt in Neukölln über das Kottbusser Tor zur Oranienstraße in Kreuzberg. Bereits auf dem Kottbusser Damm und später in der Adalbertstraße und der Oranienstraße strömten scharenweise Anwohner, vor allem Immigranten, aus Cafés und Mietshäusern auf die Straße, viele waren so wütend über dieses bizarre Aufgebot, dass sie sich spontan den Gegendemonstranten anschlossen. Es wurde verdammt eng für die „Antideutschen“, so dass die Bullen die Oranienstraße gegen Gegendemonstranten abriegeln mussten.

Die besonders krassen Rassisten der „Redaktion Bahamas“ und der restliche Abschaum hetzten gegen die gesamte Bevölkerung mit Parolen wie „Wer Kreuzberg mag, muss Scheiße sein“ und ließen Kriegstreiber Bush und Palästinenser-Schlächter Sharon hochleben: Sie grölten „USA – Antifa“ und „Panzer in Ramallah – das ist wahre Antifa“. Außerdem lobten sie das rassistische Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen. Diese ganze dreckige Provokation war Wasser auf die Mühlen des rassistischen deutschen Staates. So wie Außenminister Fischer „Nie wieder Auschwitz“ als „antifaschistischen“ Mantel für die imperialistische NATO-Bombardierung Serbiens 1999 benutzte, so geben die „Antideutschen“ Innenminister Schilys rassistischem „Krieg gegen den Terror“ nach innen den Mantel des Kampfes gegen „Antisemitismus“, indem sie die arabische und muslimische Immigrantenbevölkerung Berlins als „Antisemiten“ diffamieren. Ohne massiven Polizeischutz hätten die „Antideutschen“ ihre Provokation nicht durchführen können, sie wurden sogar, wie man es sonst nur von Nazi-Aufmärschen kennt, am Ende von den Bullen zum nächsten U-Bahnhof eskortiert. Mehrere Gegendemonstranten wurden unter dem Jubel der „Antideutschen“ willkürlich festgenommen. Wir fordern die Einstellung aller Verfahren gegen Antirassisten!

Am selben Tag, vor und während der Provokation, verteilten wir 1200 Stück des nachfolgend abgedruckten Flug-

blattes an entsetzte Passanten und Anwohner in Neukölln und Kreuzberg. Außerdem verteilten wir zuvor mehrere Hundert Flugblätter an der Technischen Universität, vorm DaimlerChrysler-Werk, beim linken anarchistischen Erich-Mühsam-Fest, in Immigrantenzentren und auf der Straße in Kreuzberg.

Am 10. Juli wollen die so genannten „Antideutschen“ unter dem Titel „Gegen den antizionistischen Konsens“ eine rassistische Provokation am Hermannplatz im Zentrum des Berliner Immigrantenbezirks Neukölln durchführen. Geführt von den offen pro-imperialistischen Rassisten der „Redaktion Bahamas“, wollen sie nichts weniger als dem rassistischen deutschen Staat und SPD-Bluthund Schily Munition liefern für deren „Krieg gegen den Terror“ gegen die Immigrantenbevölkerung. Der Bahamas-Internetaufruf, neben anderen auch von der fehl benannten „Autonomen Antifa Nordost“ unterschrieben, beinhaltet jedes rassistische Codewort, das zu haben war. Da ist von „Hasspredigern“ die Rede, ein Begriff aus dem neuen so genannten „Zuwanderungsgesetz“ von „Rot“/Grün und CDU, mit dem jetzt Nichtdeutsche aufgrund ihrer Äußerungen abgeschoben werden können. Sie phantasieren von einer „Kiezmiliz“ in Neukölln/Kreuzberg, die angeblich eine „zionistenfreie Zone“ geschaffen hätte – eine krasse Gleichsetzung von Immigrantenvierteln und „national befreiten Zonen“, also Gegenden, in die sich kein Immigrant oder Linker mehr hineinwagen kann, weil sie von Nazischlägern verseucht sind.

Neukölln und Kreuzberg, das sind genau die Gegenden Berlins, die vom kapitalistischen SPD/PDS-Senat als so genannte „Problembezirke“ betitelt werden, denn hier leben viele Türken, Kurden, Araber und andere ethnische Minderheiten, die von massiver Arbeitslosigkeit und sozialem Kahlschlag besonders hart betroffen sind. Genau das sind die Ziele der „Antideutschen“, die Bullen und andere Rassisten darauf hinweisen, wie man z. B. Palästinenser erkennt. Besonders arabische Immigranten waren auch die Opfer der rassistischen Rasterfahndung nach dem 11. September 2001, die vom Senat durchgeführt wurde. Was nötig ist, um wandelnde Polizeifallen wie den Bahamas-Aufmarsch am 10. Juli zu stoppen, ist eine integrierte Mobilisierung von Gewerkschaftern und Immigranten. Der ganze Sinn dieses Aufmarsches ist es, eine Macht gegen die Berliner Immigrantenbevölkerung zu entfesseln, die viel bedrohlicher als

Fortgesetzt auf Seite 4

Stoppt Hetzkampagne gegen RK, Mumia-Unterstützer!

„Antideutsche“ ...

Fortsetzung von Seite 3

die „Antideutschen“ selbst ist: den rassistischen deutschen Staat. Die „Antideutschen“ führen solche Provokationen nur durch, weil sie hoffen, berechtigten Zorn von Immigranten und Linken auszulösen und den Bullen so eine Rechtfertigung zu liefern, diese zu verprügeln und zu verhaften.

Genau nach dieser Methode kam auch einer der Vorfälle zustande, den die Bahamas als Anlass für ihren Aufmarsch angibt. Wir waren keine Augenzeugen des Vorfalls und müssen uns deshalb auf die Erklärungen der Betroffenen stützen. Beim Karneval der Kulturen am 30. Mai beteiligte sich das Aktionsbündnis für Mumia Abu-Jamal, das von den Revolutionären Kommunisten (RK) unterstützt wird, mit einem eigenen Wagen. Ein junger Mann mit Migrationshintergrund lief neben diesem Wagen und trug ein T-Shirt mit einer palästinensischen und einer roten Fahne und der Aufschrift „Antizionistische Aktion“, eine Abwandlung des Symbols der „Antifaschistischen Aktion“ der KPD der 30er-Jahre. Dafür wurde er von mehreren „Antideutschen“ aus der Gruppe „Kritik & Praxis“ als „Antisemit“ beschimpft.

„Sich in der Überzahl während, griffen sie den Träger des besagten T-Shirts zuerst verbal und dann körperlich an. Nachdem er sie mehrmals aufgefordert hat, das zu unterlassen, sie aber den Angriff fortsetzten, rief er um Unterstützung. Worauf vier bis fünf Personen, alle nichtdeutscher Herkunft, ihm zur Hilfe eilten und den Angriff erfolgreich abwehrten.“ ([Stellungnahme der Betroffenen des reaktionär/zionistischen Überfalls beim Karneval der Kulturen], Juni 2004)

Die „Antideutschen“ machten daraufhin das, was sie am besten können: Sie riefen die Bullen. Das Opfer (!) des Überfalls wurde brutal verhaftet – er wurde geschlagen und gewürgt. „Nach mehreren Stunden wurde der Verhaftete mit einer Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung aus dem Polizeirevier entlassen“ (ebenda). **Für die Einstellung des Verfahrens! Selbstverteidigung ist kein Verbrechen!**

Mit ihren Antisemitismusvorwürfen versuchen die „Anti-

deutschen“ alle Kritiker am zionistischen Staat Israel in die Nähe des Faschismus zu rücken, auch um weitere Übergriffe auf sie zu provozieren. Es war nicht das erste Mal, dass der T-Shirt-Träger ins Visier von „antideutschen“ Schlägern geriet, so wurde ihm auf der Tag-X-Schülerdemo gegen den Irakkrieg letztes Jahr ein halber Zahn ausgeschlagen, und auf einer Antifa-Demo in Köpenick am 13. März wurden mehrere Personen wegen des gleichen T-Shirt-Motivs von einem Mob von ca. 20 „Antideutschen“ angepöbeln, bedroht



www.krasse-zeiten.de

Der rassistische Aufmarsch der „Antideutschen“ traf auf Wut der Linken und Jugendlichen in den Immigrantenzonen Kreuzberg und Neukölln, einige protestierten mit palästinensischen Fahnen

und rassistisch beschimpft, wie auf *indymedia* (14. März) berichtet wurde: „Geht zurück nach Kreuzberg, wo ihr herkommt!“ Nun beschwert sich K&P, dass ihr Opfer diesmal nicht gewartet hat, bis sie ihm die restlichen Zähne rauschlagen, sondern nach Hilfe gerufen hat!

Eine von den „Antideutschen“ kurze Zeit später herausgebrachte Stellungnahme begann eine Kampagne, die RKs zu isolieren. Diese werden als „gewalttätige Antisemiten“

Fortgesetzt auf Seite 13

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

155

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 23555, 10127 Berlin
 Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
 PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
 Postfach 23555, 10127 Berlin
 Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
 Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
 Telefon: (040) 32 36 44

1. Mai: SPD/PDS-Senat schützt Nazi-Aufmarsch Nieder mit allen Anklagen! Freiheit für die linken Gefangenen!

Nachfolgend drucken wir das Flugblatt der Spartakist-Jugend vom 6. Mai in Solidarität mit den 125 Anti-Nazi- und anderen Demonstranten, die in Berlin am 1. Mai verhaftet wurden. 36 von ihnen sitzen noch immer hinter den Gittern des Knastes in Berlin-Moabit und mindestens einer wurde bereits wegen Werfens einer Flasche zu zwei Jahren ohne Bewährung verurteilt. Ein Anwalt sagte der *jungen Welt* (14. Juni), dass in einigen Fällen die Haftbefehle schon unterschrieben und abgestempelt waren, noch bevor die Verhafteten den Haftrichtern vorgeführt wurden. Und selbst Besucher der Gefangenschaft wurden von der Staatsanwaltschaft verhört.

Das mit der SpAD verbundene Komitee für soziale Verteidigung, eine klassenkämpferische, nicht sektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, hat für die rechtliche Verteidigung der Inhaftierten gespendet, und die Spartakist-Jugend fordert die *Spartakist*-Leser ebenfalls zu Solidaritätsspenden an das folgende Konto auf:

Rote Hilfe e. V., Konto: 71 89 59 06 00, BLZ: 100 200 00,
Berliner Bank, Kennwort: 1. Mai 2004

Spartakist-Jugend-Flugblatt

9000 Polizisten wüteten in Berlin am 1. Mai. „Schnelles Durchgreifen“ hatte der Innensenator des SPD/PDS-Senats, Körting, angekündigt. Wochenlang wurde vom *Berliner Kurier* bis zum *Tagesspiegel* gegen „Chaoten“ gehetzt. Und der Senat hat sein „Versprechen“ gehalten: Über 250 Linke wurden verhaftet, allein über 60 davon bei Protesten gegen einen von der Polizei martialisch geschützten Nazi-aufmarsch. Die Bourgeoisie ist voll des Lobes. Ihre Medien feiern: „Polizei verdirbt Randalierern den Spaß“ (*Berliner Zeitung*, 3. Mai). Auch gelang es, ethnische Minderheiten rassistisch einzuschüchtern: „In den vergangenen Jahren hatten zunehmend Cliques junger Türken und Araber die Szene dominiert. Sie waren diesmal ‚nur‘ Mitläufer am späteren Abend...“ (*Tagesspiegel*, 3. Mai). Politisch ergänzt wurde das Polizeiaufgebot durch das perfide Konzept der „ausgestreckten Hand“ bzw. „Deeskalation“. Damit versucht der SPD/PDS-Senat nichts weiter, als die Linken in „vernünftige“, „friedliche“ und „gewalttätige“ zu spalten und so die



Berlin, 1. Mai: Bullen des SPD/PDS-Senats wüten gegen Linke

dpa

Opfer der Polizeigewalt zu isolieren. Der *Tagesspiegel* berichtet: „Und auch die aggressiven Autonomen-Gruppen, die nach der linksradikalen Maidemonstration zum Randalieren auf den Heinrichplatz gezogen waren, seien auf mehr Zivilcourage als üblich gestoßen, berichtet Anwohnerin Silke Fischer von der Interessengemeinschaft Oranienstraße: „Als die kamen, rief die breite Masse: ‚Haut ab!‘ Das ist früher nicht vorgekommen.“ Schon jetzt wurden 44 von ihnen in den Knast geworfen. Körting erklärte, dass er mindestens 50 dort sehen will. Im Vorfeld hatten Staatsanwälte angekündigt, Haftstrafen von bis zu **10 Jahren** gegen Linke anzustreben! Dies ist eine finstere Bedrohung für alle Linken! Und der gleiche Senat, der diesen Terror gegen Linke führt, hat gerade die Vorreiterrolle bei dem Versuch gespielt, bundesweit die Tarifverträge im öffentlichen Dienst zu zerschlagen. Jeder Gewerkschafter sollte bedenken, das Gleiche kann dir passieren, wenn du versuchen solltest, dich dem Lohnraub dieser Regierung und dieses Senats irgendwie kämpferisch in den Weg zu stellen. **Weist die Spaltungsversuche des SPD/PDS-Senates zurück. Gewerkschafter, Linke, Immigranten: Protestiert gegen den Polizeiterror am 1. Mai! Mobilisiert zur Freilassung aller linken Gefangenen! Fordert die Niederschlagung aller Anklagen!**

Diese Bedrohung findet im Kontext des rassistischen „Kriegs gegen den Terror“ statt, der von den kapitalistischen Regierungen international genutzt worden ist, um frontal demokratische Rechte zu attackieren und rassistischen

Fortgesetzt auf Seite 6

Linke von langjährigen Haftstrafen bedroht!

1. Mai ...

Fortsetzung von Seite 5

Staatsterror gegen muslimische Minderheiten zu eskalieren. Kurz vorm 1. Mai fand in Berlin die heuchlerische „Antisemitismus-Konferenz“ der OSZE statt. Dort kungelten Vertreter des deutschen Imperialismus, dessen Bullen am Wochenende die antisemitischen Nazibanden schützten, mit Typen wie US-Außenminister Colin Powell und dem israelischen Präsidenten Moshe Katzav. Während Antisemitismus weit in dieser kapitalistischen Gesellschaft verbreitet ist, hatte diese Konferenz nichts damit zu tun, gegen Antisemitismus zu kämpfen, sondern alles mit gegenseitigem Weißwaschen des deutschen Vierten Reichs, der Schlächter des US-Imperialismus und des blutigen zionistischen Staates. Tatsächlich wurde gegen muslimische Minderheiten und Palästinenser, die heute im Fadenkreuz der rassistischen Reaktion stehen, als angebliche Quellen des Antisemitismus gehetzt. Tatsächlich ist die Herrschaft der Kapitalistenklasse die Wurzel für Rassismus und seine Variante, den Antisemitismus. Die Kapitalisten schüren und benutzen den Rassismus, um die Arbeiterklasse zu spalten und die Wut über das Elend, das ihre Herrschaft verursacht, abzulenken auf einen Sündenbock. Wir sagen: **Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen den Terror“! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Bundeswehr raus aus dem Balkan, Afghanistan! US-Truppen raus aus Irak! Keine UN-Truppen! Verteidigt die Palästinenser gegen zionistischen Terror! Israel raus aus den besetzten Gebieten!**

Während Linke und Immigranten dem „harten, gezielten Eingreifen“ von Körtings Polizei ausgesetzt waren, schützten Tausende dieser Polizisten gleichzeitig einen 2300 Mann starken Aufmarsch von Nazi-Mörderbanden. Empörte Anwohner und wütende Linke protestierten und warfen sich so gut es ging der Nazi-Provokation in den Weg. Hunderte wurden eingekesselt, mit Wasserwerfern angegriffen, von der Polizei zusammengeschlagen und viele wurden verhaftet. Selbst drei führende PDSler erlitten Verletzungen durch den von ihrer Partei mit angeordneten Bulleneinsatz. Trotz aller Widrigkeiten gelang es durch mutigen Einsatz, den Naziaufmarsch massiv zu behindern. Doch selbst noch so mutige Linke sind eine relativ leichte Beute für die Bullen und viele auf der Demo stimmten uns diesbezüglich zu. Doch Mobilisierungen basierend auf den Gewerkschaften, die Massen von Immigranten organisieren und in der Lage sind, die Produktion zu stoppen, indem sie die Fabriken lahm legen, würde den bürgerlichen Staat durchaus zweimal nachdenken lassen, ob er wirklich die Nazis schützen will und kann. Viele Linke meinten dagegen jedoch, dass die Gewerkschaften, so wie sie heute sind, weit entfernt seien von derlei Perspektive. Doch es ist eine Frage der politischen Führung. Der überwältigende Teil der Gewerkschafter hasst die Nazis wie die Pest. Doch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie weigert sich, zu mobilisieren, um die Nazis zu stoppen, und predigt stattdessen Vertrauen in die SPD/Grünen-Regierung und die Bullen „gewerkschaft“ GdP, die das schon regeln würden.

Viele in der Bevölkerung waren geschockt und empört, dass unter einem PDS-Senat brutalster Polizeischutz für Nazis aufgeboten wurde. So berechtigt die Empörung auch ist, muss man doch verstehen, dass es kein Zufall ist, dass die bürgerliche Polizei immer die Nazis schützt und gegen die Linken vorgeht. Der bürgerliche Staat – im Kern Polizei, Armee, Gerichte und Gefängnisse – ist nicht neutral, sondern dient der Kapitalistenklasse (den Fabrik- und Bankbesitzern) zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. Strategisch gesehen sind die Faschisten die außerparlamentarischen Schocktruppen der Kapitalistenklasse, die sie einsetzen,

falls ihre Herrschaft durch ein aufständisches Proletariat bedroht werden sollte. Heute benutzt die Bourgeoisie die Nazis als politische Druckgruppen zur Verschärfung und Aufrechterhaltung des rassistischen Klimas im Land sowie zur Einschüchterung und Terrorisierung unbequemer Linker, Gewerkschafter und besonders Immigranten. Erinnerung euch an das Pogrom in Rostock 1992, das staatlich organisiert worden war als Teil der rassistischen Kampagne zur Abschaffung des Asylrechtes. Die Nazis rekrutieren aus verzweifelten Schichten des vom Kapitalismus ruinierten Kleinbürgertums und Lumpenproletariats. Um wirklich erfolgreich gegen diese mörderischen Rassisten vorgehen zu können, müssen wir daher jeden Kampf, diesem Abschaum eine Lehre zu erteilen und sie mit dem Straßenpflaster bekannt zu machen, aktiv damit verbinden, der Arbeiterklasse und antifaschistischen Jugendlichen die *politische* Lehre zu vermitteln, dass das gesamte kapitalistische System beseitigt werden muss. Genau deshalb muss der Kampf gegen die Nazis auf dem klaren Verständnis basieren, dass es notwendig ist, die Arbeiterklasse unbedingt *unabhängig* vom bürgerlichen Staat zu mobilisieren, und daher müssen auch reformistische Illusionen, der Staat solle die Nazis verbieten, aufs Schärfste bekämpft werden. **Bullen raus aus dem DGB! Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Nazis zu stoppen!**

Trotz der großen Wut über die brutale Regierungspolitik in Berlin wird doch die PDS (und zum Großteil auch die SPD) als antifaschistische Partei gesehen, die höchstens halbherzig ist und nicht genug ihre Möglichkeiten an der Regierung nutzt. Doch tatsächlich nutzen PDS und SPD die Regierungsmöglichkeiten voll aus – und greifen Arbeiter, Immigranten und Linke an. Die PDS-Führung dient der Bourgeoisie, indem sie Überstunden schiebt, diese kapitalistische Gesellschaft als „zivil“ zu beschönigen und Arbeitern und Linken Sand in die Augen zu streuen über den Charakter des kapitalistischen Staates. Aber am 1. Mai wurde brutal klar, was die „ausgestreckte Hand“ des rassistischen kapitalistischen Staates bedeutet. Grundsätzlich ist die PDS vertiefst der Verteidigung des kapitalistischen Systems verpflichtet und hat dies wiederholt unter Beweis gestellt. In den letzten Jahren hat die PDS der Bourgeoisie ihre „Regierungsfähigkeit“ mittels der Zerschlagung sozialer Errungenschaften der Arbeiter und dem Ausbluten der ärmeren Schichten der Berliner Bevölkerung demonstriert. Schon beim Ausverkauf der DDR an den westdeutschen Imperialismus 1990 schloss sie sich Gorbatschows „Ja“ für die Konterrevolution an und leistete der deutschen Bourgeoisie den Treueid. Sie verwandelten sich von einer stalinistischen in eine typisch sozialdemokratische Partei. Die Auswirkungen dieses historischen Verrates sind heute bitter spürbar im Aufschwung, den der Naziterror durch die Wiedervereinigung genommen hat, in der Verwüstung der Ex-DDR (sowie Osteuropas und der Ex-Sowjetunion) und in den pausenlosen Angriffen auf die Gewerkschaften und die sozialen Errungenschaften.

Es hilft nicht viel, die unsoziale Politik der PDS in der Regierung zu kritisieren, oder dass die Bullen nicht wie vereinbart Namensschildchen am 1. Mai trugen (worüber die autonome ALB und ACT eine Kampagne gestartet haben), wenn man gleichzeitig das sozialdemokratische Programm des Vertrauens in die Reformierbarkeit des bürgerlichen Staates nicht angreift. Es bedarf einer kampferprobten Partei von Berufsrevolutionären, die nicht davor zurückschrecken, der Arbeiterklasse die Wahrheit zu sagen und die für die Interessen aller Unterdrückten kämpfen gegen alle Aspekte der kapitalistischen Unterdrückung und Ausbeutung. Die Spartakist-Jugend kämpft darum, mitzuhelfen, eine solche Partei aufzubauen. Schließ dich uns an! ■

Logans BT glaubt eigenen Lügen nicht

Kniefall vor kanadischem Anglo-Chauvinismus

Toronto
12. März 2004

An den Herausgeber:

Die Ausgabe von *Workers Vanguard* (*WV*) vom 5. März 2004 enthält einen nützlichen Bericht darüber, wie Mitglieder der Canadian Auto Workers (CAW) aus den Ford-Werken von Oakville, St. Thomas und Windsor im südlichen Ontario sich kürzlich weigerten, mit Teilen zu arbeiten („hot cargoing“), die auf Zügen der Canadian National (CN) transportiert wurden. Sie taten dies in Solidarität mit anderen CAW-Mitgliedern, die gegen die CN im Streik stehen. In der Ausgabe der Gewerkschaftszeitung *Railfax* vom 24. Februar hieß es: „Besonderer Dank geht an CAW-Autoarbeiter, die sich gestern Gefahren aussetzten, um ihre streikenden Kollegen bei CN Rail zu unterstützen.“ *WV* bemerkte zu Recht: Diese mutigen Gewerkschafter „zeigten die Art von militanter Solidarität, die nötig ist, um Arbeiterkämpfe zu gewinnen“. Die kapitalistischen Medien haben diese Aktion im Wesentlichen ignoriert, vermutlich weil sie keinerlei Wiederholungen wollen.

Die gleiche Ausgabe von *Railfax* berichtete auch: „CN ergriff über das Wochenende Maßnahmen, um in Vancouver, Edmonton, Winnipeg, Toronto und Montreal gerichtliche Verfügungen zu erreichen.“ Diese Verfügungen zielten darauf ab, den Streik zu behindern, aber zumindest in Montreal nahmen die Arbeiter keine Notiz davon. Einem Bericht der Montrealer Website der Canadian Broadcasting Corporation (montreal.cbc.ca) vom 5. März zufolge, blockierten 75 Streikposten der CAW mehrere Stunden lang den Eingang zu den Rangierbahnhöfen in St. Laurent und hinderten Lastwagen an der Einfahrt. Schließlich erschien das Polizei-Überfallkommando und griff die Arbeiter an; einer von ihnen beschwerte sich: „Wir haben ein Recht zu streiken, wir haben das Recht hier zu sein, aber die Polizei schlägt uns wie verrückt zusammen, um sicher zu stellen, dass wir weggehen.“

Die Tatsache, dass militante Arbeiter sowohl in Englisch-Kanada als auch in Quebec bereit waren, sich im Verlauf dieses Streiks gegen die bürgerliche Legalität zu stellen, scheint uns ein guter Grund zu sein, warum ihr folgende Aussage überdenken solltet: „Erst durch die Unabhängigkeit Quebecs können die Arbeiter beider Nationen zu der Erkenntnis kommen, dass ihre jeweiligen kapitalistischen Herrscher – und nicht die anderen Arbeiter – der Feind sind“ (*Spartacist Canada*, September/Oktober 1995). Tatsache ist, dass der jetzige CN-Streik ins gleiche Muster gemeinsamer Kämpfe von anglo-kanadischen und Québécois-Arbeitern passt, wie wir es bei Streiks von Arbeitern bei Eisenbahn, Post und im öffentlichen Dienst über die letzten paar Jahrzehnte hinweg gesehen haben. Keine Frage, dass



Workers Vanguard

Bill Logan (kleines Bild). Unten: General Wolfe, Kommandeur der britischen Truppen in Kanada während des Kriegs gegen Franzosen und Indianer, liegt sterbend am Boden nach der Schlacht auf der Abraham-Ebene von Quebec 1759, mit der die britische Vorherrschaft über Kanada entschieden wurde

Ausschnitt aus einem Gemälde von Benjamin West



Anglo-Chauvinismus, sozialdemokratischer Reformismus und kleinbürgerlicher Quebec-Nationalismus, wofür die Gewerkschaftsbürokraten Reklame machen, wichtige Hindernisse für die Entwicklung einer klassenbewussten Arbeiterbewegung darstellen und energisch bekämpft werden müssen. Aber Tatsache ist, dass der jetzige Eisenbahnerstreik Parallelen zu früheren Streiks aufweist (einschließlich dem, den *WV* Nr. 28, 14. September 1973, auf der Titelseite brachte), da Arbeiter auf beiden Seiten der nationalen Spaltung einen gemeinsamen Kampf gegen einen gemeinsamen Feind führen.

Wie ihr wisst, halten wir an der Position fest, die ursprünglich von der internationalen Spartacist Tendenz (iST) Mitte der 70er-Jahre entwickelt wurde, im Gegensatz zu verschiedenen vorgeblich trotzkistischen Organisationen, die dem kleinbürgerlichen Québécois-Nationalismus eine von Natur aus revolutionäre Dynamik zuschrieben. Die iST-Position kombinierte eine entschlossene Verteidigung des unveräußerlichen Rechts der Québécois, sich abzutrennen und ihren eigenen Staat zu bilden, mit einem Eintreten für gemeinsamen Klassenkampf über die nationalen Linien hinweg. Im Gegensatz zu dem, was die Pabloisten behaupteten, gab es in dieser Position keine Spur von Anglo-Chauvinismus. Der gegenwärtige Eisenbahnerstreik zeigt, dass die Perspektive von binationalem Klassenkampf weiterhin gültig bleibt.

Wie wir im *Trotskyist Bulletin* Nr. 7 zu erklären suchten, ist die Verbindung zwischen der historisch militanteren Québécois-Arbeiterklasse und ihren englisch-kanadischen Schwestern und Brüdern (und durch sie mit dem machtvollen US-Proletariat) ein potenziell hoch bedeutsamer Faktor bei der Entwicklung revolutionären Bewusstseins innerhalb

Fortgesetzt auf Seite 8

BT...

Fortsetzung von Seite 7

der nordamerikanischen Arbeiterklasse. Wir fordern die Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga nachdrücklich dazu auf, auf der Basis dieser allerneuesten Erfahrung die Position eurer Organisation neu zu überdenken und die pessimistische Einschätzung zurückzuweisen, dass gemeinsamer Klassenkampf vor der Errichtung eines unabhängigen kapitalistischen Quebec nicht möglich sei.

Bolschewistische Grüße
J. Decker
für die Internationale
Bolschewistische Tendenz

WV antwortet:

Die Gruppe, die sich heute die Internationale Bolschewistische Tendenz (BT) nennt, hat seit ihrer Gründung vor mehr als 20 Jahren durch eine Hand voll verbitterter Ex-Mitglieder, unsere Organisation als einen wahnsinnigen „Gehorsamskult politischer Gangster“ verunglimpft. Nur wenige Monate bevor wir den obigen Brief erhielten, kamen die deutschen Anhänger der BT mit einer Ausgabe ihrer gelegentlich erscheinenden Zeitung *Bolschewik* (Januar 2004) heraus, die sich in großem Umfang dem Wiederkäuen der Verleumdungen der BT gegen die Internationale Kommunistische Liga und unsere deutsche Sektion, die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD), widmete, uns „vulgären Chauvinismus“ gegen die Kurden vorzuwerfen. Jetzt schickt uns die kanadische BT diesen ach-so-genossenschaftlichen Brief und spricht uns als ernsthafte Sozialisten an. Die BT hat zwei – entgegengesetzte – Linien zur IKL. Das ist ein akuter und grotesker Widerspruch.

Die BT lobt *Workers Vanguard* wegen seines Artikels über Aktionen von Mitgliedern der Canadian Auto Workers. Da sich Arbeiter sowohl in Englisch-Kanada als auch in Quebec an dem Kampf beteiligt haben, beschwört uns die BT, unsere Position zu „überdenken“ und bei ihrer *Opposition gegen die Unabhängigkeit* von Quebec mitzumachen. Nein danke. Wir überlassen der BT die Auszeichnung, die „Sozialisten“ gewesen zu sein, die am Vorabend des Referendums 1995 über Quebecs Souveränität offiziell zu einer Kundgebung in Montreal für die „Einheit Kanadas“ eingeladen wurden. Es ist kein Zufall, dass die BT zu dieser „Wir-lieben-Kanada“-Veranstaltung, die von Top-Geschäftsleuten organisiert worden war, eingeladen wurde – denn das Flugblatt der BT zum Referendum (nur auf Englisch herausgegeben!) rief eben-

falls die Arbeiter Quebecs dazu auf, mit Nein gegen die Unabhängigkeit zu stimmen. Als das einzige Québécois-Mitglied der BT austrat, protestierte er gegen ihren „De-facto-Block mit der kanadischen Bourgeoisie“.

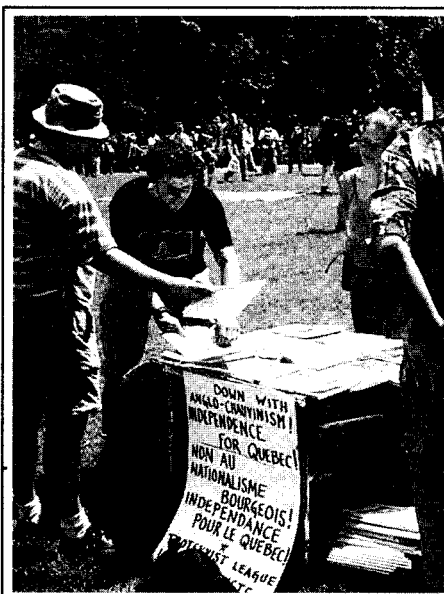
Die BT erhebt so leichthin den Anspruch, an unserer ursprünglichen Position festzuhalten, die „eine entschlossene Verteidigung des unveräußerlichen Rechts der Québécois, sich abzutrennen und ihren eigenen Staat zu bilden mit einer Befürwortung gemeinsamen Klassenkampfes über die nationalen Linien hinweg“ kombiniert. Wohl kaum. In den ersten zehn Jahren ihrer Existenz hat die BT *einen* ganzen Satz über Quebec geschrieben (und den mussten wir wirklich lange suchen!). Im Gegensatz dazu ist unsere kanadische Sektion, die Trotskyist League/Ligue trotskyste, von Anfang an für das Recht Quebecs auf Unabhängigkeit *aktiv eingetreten*.

Bis 1995 erkannten wir dann jedoch, dass es notwendig geworden war, nicht nur Quebecs Recht auf Abtrennung zu verteidigen, sondern auch seine Unabhängigkeit *zu befürworten*. Wir schlussfolgerten, dass unsere vorherige Auffassung – dass nationale Antagonismen noch nicht so sehr verschärft waren, dass Unabhängigkeit der einzige Weg war, sie zu durchschneiden – „bestenfalls auf einem oberflächlichen Verständnis von der Herausbildung einer selbstbewussten Nation Quebec, und vom Klassenkampf innerhalb dieser „basierte“. Diese Neueinschätzung war das Ergebnis ausführlicher internationaler Diskussionen, Untersuchungen und unserer Erfahrungen bei der Intervention in die Kämpfe der Arbeiterklasse in Quebec und Englisch-Kanada. Ein Antrag, der vom Zentralkomitee der TL/LT im Juli 1995 angenommen wurde, stellte fest:

„Für Leninisten ist das Eintreten für ein unabhängiges Quebec das Mittel, um diese Frage ‚von der Tagesordnung‘ streichen zu können, besonders um die Orgie des Anglo-Chauvinismus in Englisch-Kanada zu bekämpfen, aber auch um die Ziele der bürgerlichen Nationalisten in Quebec zu durchkreuzen, die das historisch kämpferische Québécois-Proletariat an ihre Rockschoße binden wollen. Das ist der einzige Weg, um in jeder der beiden Nationen die wirklichen sozialen Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und ihrer ‚eigenen‘ Bourgeoisie in den Vordergrund zu stellen und dadurch eine wirkliche Basis für gemeinsamen Klassenkampf in der Zukunft zu legen.“

Wir erkannten, dass wir, falls wir unsere Position nicht geändert hätten, als marxistische Organisation in Kanada erledigt gewesen wären. Aber zur Grundausstattung der BT gehörte niemals der marxistische Kampf, das Proletariat für die Sache der internationalen sozialistischen Revolution zu gewinnen. Ihre leblosen Appelle an „binationale Klassenkampf“ sind bloß ein Echo der anglo-chauvinistischen Gewerkschaftsbürokraten, die ebenfalls argumentieren, Unabhängigkeit für Quebec schade der „Arbeitersolidarität“.

Aufgrund des Briefes der BT würde man nie darauf kommen, dass der CN-Streik inmitten des größten Ausbruchs von Anti-Québécois-Chauvinismus während der letzten 15 Jahre stattfand. Wie voraussehen, heizt dies wiederum eine Pro-Unabhängigkeits-Stimmung in Quebec an; Umfragen zeigen, dass die Unterstützung für Souveränität wieder auf 47 Prozent stieg. Die meisten Gewerkschaften in Quebec sind ganz getrennt von denen in Englisch-Kanada. Sogar der CN-Streik – eines von viel zu wenigen Beispielen gemeinsamen Arbeiterkampfes – bezeugte die Tiefe der nationalen Spaltung: In Englisch-Kanada wehte über Streikpostenkettens die Fahne mit dem Ahornblatt, in Quebec das Lilienbanner (fleur-de-lis).



Spartakist Canada



Abonniert!

4 Ausgaben, Luftpost € 6,-

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde

Postfach 23555, 10127 Berlin

Konto 11988-601

Postbank Frankfurt/M.

BLZ 500 10060

In Englisch-Kanada gab es einen Aufschrei darüber, dass die Liberalen an der Regierung Millionen von Regierungsgeldern in freundlich gesinnte Werbeagenturen in Quebec gesteckt hatten. Als der New Yorker Talkshowmaster Conan O'Brien mit seiner Show *Late Night* nach Toronto kam, löste schon die bloße Erwähnung des Wortes „Quebec“ bei den Zuhörern einen Sturm von Buhrufen aus. Das Boulevardblatt *Toronto Sun* machte praktisch eine Hymne aus O'Briens üblem „Witz“ – „du bist französisch und Kanadier? Dann musst du widerwärtig und blöd sein!“ –, nachdem der im Studiopublikum zustimmende Lachsalven ausgelöst hatte. In Quebec agitieren Anglophone im bürgerlichen Westmount und in den Mittelklasse-Vororten auf Montreals West Island dafür, sich aus der großenteils französisch-sprachigen Stadt zurückzuziehen und wieder getrennte, privilegierte Enklaven herzustellen. Kürzliche Enthüllungen, dass die Bundesregierung bereit war, Truppen nach Quebec zu schicken, wenn das Unabhängigkeitsreferendum 1995 eine Mehrheit gebracht hätte, unterstreichen noch einmal, wie das erzwungene Festhalten von Quebec in einem „vereinigten“ Land ein Eckpfeiler des kapitalistischen Kanadas darstellt (siehe „Anglo-Chauvinist Provocations on the Rise: Independence for Quebec!“ [Anstieg von anglo-chauvinistischen Provokationen: Unabhängigkeit für Quebec!], *Spartacist Canada* Nr. 139, Winter 2003/2004). Von all dem erwähnt die BT überhaupt nichts.

Ein Persilschein für den Beichtvater?

Dem Brief der BT kann man entnehmen, dass sie so sehr besorgt darüber sind, von uns des Ahornblatt-Chauvinismus überführt worden zu sein, dass sie das Gefühl haben, uns in der Frage von Quebec nicht als verrückten Kult darstellen zu können, ohne sich selbst weiteren Schaden zuzufügen. Andererseits aber setzt ihr deutscher Ableger die Verleumdungskampagne der BT gegen uns wegen angeblich gegen die Kurden gerichteten „Großmachtchauvinismus“ fort, mit einigen neuen Ausschmückungen, die ebenso absurd wie widerlich sind. Ihr Hetzartikel mit Chauvinismusvorwürfen beginnt unter einem großen Bild von Bullen, die in Berlin einen kurdischen Demonstranten verhaften, und soll ein nicht allzu subtiles Amalgam herstellen zwischen unseren Genossen und den rassistischen Unterdrückern der Kurden. Besonders in einem Land mit einer großen kurdischen Bevölkerung ist dies ein unverhohlener Appell, uns als Feinde des kurdischen Volkes zu behandeln. Und dieses Gift verspritzt ein Grüppchen, das strikt *dagegen ist*, dass die Kurden ihr Recht auf Selbstbestimmung in einem unabhängigen Kurdistan ausüben, und dessen abstoßende Gleichgültigkeit gegenüber der Unterdrückung des kurdischen Volkes in der Überschrift dieses Artikels zum Ausdruck kommt: „Polemiken mit SpAD/IKL: Liebesgrüße aus Absurdistan“.

Diese Große Lüge der BT, die uns als Chauvinisten beschimpft, haben wir schon letztes Jahr in der Luft zerrissen; dabei dokumentierten wir die Rolle der BT als eine wandelnde Provokation gegen die IKL und entlarvten den manipulativen Soziopathen Bill Logan, den die BT als ihren Führer ans Herz drückt (siehe „BT: Käufliche Renegaten“, *Spartakist*-Vorabdruck, 12. September 2003 und „BT – eine wandelnde Provokation“, *Spartakist* Nr. 152, Herbst 2003). Das tun wir nicht nur aus Gründen elementarer politischer Hygiene, sondern weil einer neuen Generation von Linken klar gemacht werden muss, dass Leute wie Logan keinen Platz haben in der Arbeiterbewegung. Aus ähnlichen Erwägungen heraus unternahmen wir den ungewöhnlichen Schritt, unsere drei internen Bulletins „On the Logan Regime“ [Über das Logan-Regime] öffentlich herauszugeben, nachdem wir ihn 1979 aus unserer internationalen Organisation (damals die internationale Spartacist Tendenz) ausge-



Montreal, 1995: Chauvinistische Demonstration für „Einheit Kanadas“, zu der die BT offiziell eingeladen wurde

geschlossen hatten.

Ende 1978 gab es einen Kampf, Logan als nationalen Vorsitzenden unserer britischen Sektion abzusetzen, wo er ein brutales und böses Regime geführt hatte. Die Entlarvung von Logans sadistischen Manipulationen gegen Genossen in Britannien führte zu weiteren Anklagen, die seine früheren Opfer in der isolierteren australischen Sektion gegen ihn erhoben. Das Zentralkomitee der Spartacist League of Australia and New Zealand beschuldigte Logan „systematischer und bewusster Verstöße gegen kommunistische Moral während seiner Zeit als nationaler Vorsitzender der SL/ANZ in den Jahren 1972 bis 1977“ und „der wiederholten, bewussten Einmischung in das Privatleben von Genossen, was zu einem Muster kalkulierter persönlicher und sexueller Manipulation gehörte, wobei er das intime Reglementieren des Privatlebens von Genossen als eine legitime und zentrale Funktion des nationalen Vorsitzenden ausgab“ (siehe „On the Logan Regime Part III“, *International Information Bulletin* Nr. 16, November 1983). In der Anklage waren 18 spezifische Punkte aufgelistet, darunter sechs Versuche, „bestimmte sexuelle Konfigurationen zustande zu bringen und/oder durch direkte Einmischung Paare zu schaffen“, und drei Versuche, „bestimmte Paare auseinander zu bringen durch organisatorischen/persönlichen Druck und administrative Maßnahmen“. Schließlich wurde Logan angeklagt wegen der „Kampagne, Vicky A. zu zwingen, eine Abtreibung vornehmen zu lassen und, nachdem das fehlgeschlug, ihr Kind in Pflege zu geben (1973), wobei persönlicher, sozialer und organisatorischer Druck ausgeübt wurde.“

Nach einem Gerichtsverfahren bei unserer Ersten Internationalen Konferenz 1979 wurde Logan einstimmig ausgeschlossen – auch durch diejenigen künftigen BT-Mitglieder, die anwesend waren – als „erwiesenermaßen massiver Lügner und sexueller Soziopath, der das Privatleben von Genossen manipulierte aus Gründen der Machtpolitik und seiner eigenen anomalen Gelüste und Zwangsvorstellungen, das Ganze verkleidet als Marxismus“. Im Falle von Vicky A. befand das Untersuchungsgremium Logan für „schuldig der unmenschlichen Folterung einer Mutter, die in Richtung Selbstmord getrieben wurde durch seinen Versuch, ihr Baby zu zerstören und wegzunehmen“.

Diese Referenzen reichten den Leuten, die die BT gründeten – nachdem sie angesichts des erneuerten Kalten Krieges Anfang der 80er-Jahre vor unserer harten kommunistischen Politik der Verteidigung der Sowjetunion geflohen und aus unserer Partei kleckerweise ausgetreten waren –, völlig aus, um den gleichen Logan ans Herz zu

Fortgesetzt auf Seite 10

BT...

Fortsetzung von Seite 9

drücken, für dessen Ausschluss sie früher gestimmt hatten. 1990 erschien Logan (der wieder aufgetaucht war als Chef der Permanent Revolution Group in Neuseeland) ganz öffentlich als der *Lider maximo* einer inzwischen als „international“ proklamierten Tendenz. Im letzten Sommer, fast 25 Jahre nachdem wir Logan ausgeschlossen hatten, kam die BT an mit einem völlig aus dem Zusammenhang gerissenen Zitat aus einem unserer öffentlich erhältlichen internen Bulletins, um uns wegen „vulgären Chauvinismus“ zu verleumden.

Das Zitat stammte aus einem Bericht des nationalen Vorsitzenden der SL/U.S., James Robertson, ein Gründer

unserer internationalen Tendenz, an unsere New Yorker Ortsgruppe über den Kampf, das Logan-Regime in Britannien abzusetzen. In seinem Bericht kritisierte Robertson einen anderen führenden Genossen, Reuben Samuels, weil dieser sich von dem Kampf fern hielt: „Kritik an Reuben: Wo war Reuben die ganze Zeit? Er war in der Bibliothek verschwunden und studierte Scheißhaufen [Turds] für seine Schulung“. Samuels war nach Britannien geschickt worden, um auf Drängen des Genossen Robertson und unserer übrigen internationalen Führung eine Schulung zur kurdischen Frage zu geben, eine Aufgabe von besonderer Bedeutung damals, da unsere britische Sektion tür-

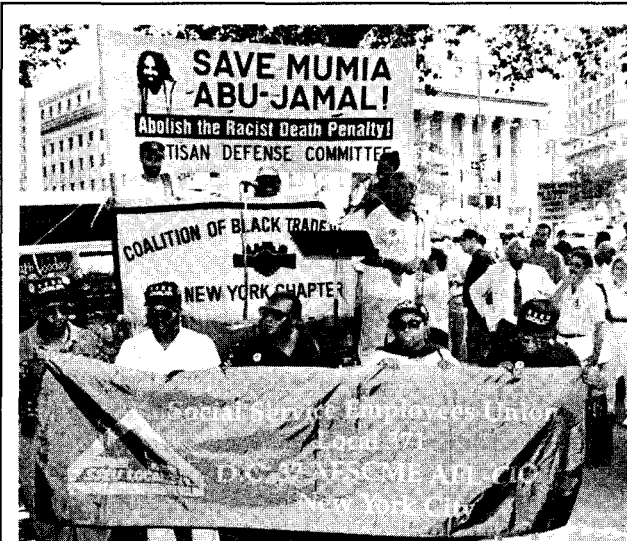
kische Genossen rekrutiert hatte. Aber als Samuels in London ankam, ging es nicht um eine Schulung, sondern um einen harten politischen Kampf zur Verteidigung unserer Partei gegen Logan, der die verinnerlichte Unterdrückung von Genossen aus Minderheiten und von Genossinnen brutal manipulierte. Samuels wurde später ein zweites Mal nach Britannien eingeflogen, um seine Schulung über den Kampf gegen die Unterdrückung der Kurden zu geben – seltsamer Chauvinismus!

Mehr als einhundert eigensinniger, streitlustiger junger Kommunisten mit sehr unterschiedlichem ethnischen Hintergrund hörten Robertsons Präsentation. Sie verstanden sie als das, was sie war: eine machtvolle Anklage gegen die allseitige Unterdrückung in der kapitalistischen Klassengesellschaft und ein Bericht über den Kampf gegen einen kranken Typen, der Genossen zu zerstören versucht. Wir nahmen den Versuch der BT auseinander, unsere Mitglieder hinzustellen als bloß gehorsame Werkzeuge, Narren und vielleicht gar selber Rassisten und stellten zu den Lügen der BT fest: „Sie bringen es nicht fertig, zu erwähnen, dass das Zitat des Genossen Robertson, das sie herausrissen und bis zur Unkenntlichkeit entstellten, aus einem Bulletin mit dem Titel: ‚On the Logan Regime Part I‘ stammt. Wieso das? Warum wurde Logan zum Gegenstück dieses leeren Raumes auf retuschierten Fotos? Was verbirgt die BT?“ (*Spartakist*-Vorabdruck, 12. September 2003).

Offensichtlich überließ es die BT ihrer deutschen Sektion, den erforderlichen Persilschein (den „Entnazifizie-

rungsnachweis“, der Ende des Zweiten Weltkriegs an „rehabilitierte“ Kriegsverbrecher des Dritten Reichs ausgestellt wurde) für Logan auszustellen. Zu diesem Zweck zerrt die deutsche Gruppe einige Alibis für Logan aus dem Müll ans Tageslicht, die bereits Staub angesammelt hatten in einer Broschüre der BT von 1996 mit dem Titel *ICL vs. IBT* (dieses Pamphlet erschien zufälligerweise genau im Juni 2003 auf der Website der BT, als sie ihre letzte Verleumdungskampagne gegen uns startete). Logan habe doch nur Befehle befolgt, plädiert der Artikel in *Bolschewik* und behauptet, er habe einfach „politische Fehler ... völlig im Rahmen der Normen der iST anderswo“ gemacht:

„Überall in der iST wurden Frauen unter Druck gesetzt, keine Kinder zu haben. Die Führung der iST, einschließlich James Robertson selbst, ließ verlautbaren, dass Frau-



Workers Vanguard

1995 mobilisiert die SL/U.S. und das PDC, um die Hinrichtung Mumia Abu-Jamals zu stoppen. Das Hausorgan der Kapitalisten, das *Wall Street Journal*, verbreitet „Kult“-Verleumdung der BT, um Mumia-Unterstützer zu verteufeln

THE WALL STREET JOURNAL

16. Juni 1995

Not Much Left:
'The Movement' Is
Pretty Still Nowadays

Despite the GOP Revolution,
Radical Groups Can't Win
Converts to Their Brand

... formed by Angela Davis and former Communist Party USA members. The Spartacists are led by a man named James Robertson, prompting the International Bolshevik Tendency, a group of former Spartacists, to deride their old party as "Jimstown," a takeoff on Jonestown in Guyana, the jungle site of mass suicide.

en, die Kinder hatten, seiner Meinung nach auf ihrem Weg raus aus der Politik waren. Es war daher Standard in der iST, Frauen unter Druck zu setzen, damit sie sich gegen Kinder und für die Partei entscheiden. Nichts anderes passierte in der SL/ANZ unter Bill Logan.“

Diese Lüge ist ebenso atemberaubend wie ungeheuerlich. Die Norm in *unserer* Partei, die Logan wohl bekannt war, fand Ausdruck in einer Diskussion, die in einem Vorkonferenz-Bulletin der SL/U.S. 1972 veröffentlicht wurde (*Internal Discussion Bulletin* Nr. 20, „Comradely Greetings to the Delegates of the Third National Conference of the SL/U.S. (and to comrades Bill, Adaire, Joel and Gene who are away)“ [Genossengrüße an die Delegierten der Dritten Nationalkonferenz der SL/U.S. (und an die Genossen Bill, Adaire, Joel und Gene, die nicht hier sind)], November 1972). Eine Genossin schrieb als Antwort auf die unangebrachte Sorge eines zukünftigen Mitglieds, ob Eltern als disziplinierte Kommunisten funktionieren können: „Mir fällt kein Beispiel ein von den Genossen in der SL, die Eltern sind (und es gibt einige), mich eingeschlossen, die in erster Linie Eltern sind und erst in zweiter Linie Kommunisten... Wenn ein Genosse (mit einem Kind) die Arbeit ausführt, die von einem Parteimitglied verlangt wird, ist dieser Beitrag ebenso sinnvoll wie der Beitrag von irgendjemand anderem.“ Sie fügte hinzu: „Es ist nicht die Aufgabe der Partei, persönliche Beziehungen zu überwachen.“ Das war ganz klar *nicht* die Norm unter Logan in Australien.

Auf der gleichen Sitzung in New York, wo Robertson

über den Kampf gegen Logan in Britannien berichtete, gab eine Genossin, die einige Zeit zuvor nach einem Jahr als Finanzverantwortliche in unserer australischen Sektion zurückgekehrt war, einen Vorgeschmack davon, was bald über Logans Zeit in Australien herauskommen würde. Sie erinnerte sich daran, wie entsetzt sie darüber war, zu erfahren, dass das Logan-Regime Finanzregeln ausgearbeitet hatte, die Abzüge vom Parteibeitrag für eine Sterilisation vorsahen, nicht aber für den Unterhalt eines Kindes. „Kurz gesagt“, so erzählte sie, „sie hatten zwar keine Mitgliedschaftsregel in der Organisation, die besagt, wenn du ein Baby hast, wirst du ausgeschlossen, aber sie sagten, wenn du ein Baby hast, wirst du hinausgetrieben, weil du nicht in der Lage sein wirst zu überleben.“

Wieder unter Bezug auf die BT-Broschüre von 1996 bezieht sich der *Bolschewik*-Artikel auch auf Edmund Samarakkody, einen langjährigen Trotzisten aus Sri Lanka, mit dem wir bei der Konferenz 1979 fusionieren wollten und der Mitglied des Untersuchungsgremiums war. Der Artikel tönt: „Logan strebte nie nach persönlichem Vorteil – wie Edmund Samarakkody bestätigte.“ Die Morde von Jack the Ripper an Prostituierten in London brachten ihm auch keinen offensichtlichen „persönlichen Vorteil“! Samarakkody hatte zwar seine eigenen Gründe dafür, bei der Konferenz 1979 einen Bruch in den politischen Beziehungen zu uns herbeizuführen, aber er ist durchaus nicht der Zeuge der Verteidigung, den die BT gern in ihm hätte. In seinem Bericht der Minderheit des Untersuchungsgremiums an die Konferenz (ebenfalls veröffentlicht in „On the Logan Regime Part III“) sagte Samarakkody abschließend: „Ich habe Logan nicht entlastet, dieses Monster. Ich habe diese Mobschheit in den richtigen Zusammenhang gestellt. Ihr könnt völlig anderer Meinung sein als ich; ihr könnt dies zerreißen und in den Papierkorb stecken. Aber denkt bitte nicht, dass ich im Untersuchungsgremium als der Anwalt dieses Monsters fungiert hätte.“

Es passt zu ihrer arroganten, elitären Verachtung für die Kämpfe der Unterdrückten, dass die BT eine Theorie des „Großen Mannes“ in der Geschichte hat. Der BT zufolge war es Robertson, der „entschieden hatte, das Logan-Regime zu stürzen“ („The Truth Hurts“ [Die Wahrheit schmerzt], ins Internet gestellt am 8. August 2003). Logan, als wahrhaft Großer Mann, kann sich nicht vorstellen, auf andere Weise gedemütigt, erniedrigt und zu Fall gebracht worden zu sein als auf Grund der Laune eines angeblichen „Kultführers“. Der Kampf in Britannien hatte Logans Gewalt über die Genossen, die er in Australien gequält hatte, unterminiert und eine Sturzflut schmerzlicher Aussagen entfesselt. Diese Genossen waren es – großenteils jung und unerfahren, aber mit Leib und Seele unserer Sache ergeben –, die Logans Kopf forderten.

Noch vor seinem Ausschluss verbreitete Logan bei Leuten außerhalb unserer Organisation die Lüge, er sei Gewaltdrohungen ausgesetzt. In einem Nachruf der BT-Zeitung 1917 (1998) für Myra Tanner Weiß, eine Veteranin der frühen amerikanischen trotzkistischen Bewegung, wird Logan zitiert, wo er offen zugibt, dass er als suspendiertes Mitglied, das eine Untersuchung erwartete, gegen unsere Disziplin des demokratischen Zentralismus verstoßen habe. Logan behauptete, „eine Drohung, nach meinem Ausschluss physische Gewalt gegen mich einzusetzen“, gespürt zu haben, und fuhr fort: „Ich brach die Disziplin der Spartacist-Tendenz. Ich suchte im Telefonbuch nach Myra, rief sie an und verabredete ein Gespräch mit ihr.“ Egal ob Logan nun einfach provozieren wollte oder ob er unter paranoiden Wahnvorstellungen litt – als Projektion seines verderbten Vergnügens daran, anderen Elend zuzufügen –, seine Unterstellungen von Gewalt konnten nur dazu dienen, uns zu schaden und zu diffamieren.

Und Logan hat seine sadistischen Züge auch nicht geändert, was vor ein paar Jahren klar wurde, als einige Abtrünnige der BT und von Logans Permanent Revolution Group (PRG) Material veröffentlichten über Logans Praktiken der „Kommunistischen Kritik“ in seinem eigenen neuseeländischen Lehen. Im Protokoll einer Mitgliederversammlung der PRG am 19. Januar 1993 beschrieb Logan diese „Com Crit“ so: Jedes Mitglied kommt der Reihe nach auf den „heißen Stuhl“, „um drei Runden der Analyse unterzogen zu werden“. Nach *drei Tagen* solcher Sitzungen trat schließlich eine Organisatorin, die ein Kind hatte, aus und gestand in einem Bericht vom 19. Februar 1993, sie habe nicht genügend „Kraft und Beständigkeit“ gezeigt wegen veränderter „persönlicher Umstände – ich habe jetzt einen anstrengenden Job und auch ein kleines Baby – und so habe ich weniger Zeit für Politik“ (abgedruckt in *Hate Trotskyism, Hate the Spartacist League* Nr. 8, „The Bolshevik Tendency: From the Snake Pit of Anti-Spartacism“ [Die Bolschewistische Tendenz: Aus der Schlangengrube des Anti-Spartakismus], Juli 1993).

Inzwischen macht Logan auf seiner Website (bl.co.nz) Reklame für seine Dienste als professioneller „Berater, Erzähltherapeut und Zelebrant“. Der Mann, der versuchte, eine junge Kommunistin dazu zu zwingen, eine Abtreibung zu haben, liefert nun Mustertexte für Begräbnisse von Babys und prahlt: „Ich habe Zeremonien abgehalten für Hindus und Atheisten, Christen und Buddhisten, Anhänger von Khrishnamurthy und von Christian Science.“

Unter der Überschrift „Zeremonie und Zelebrieren“ tönt Logan: „Zeremonie ist wichtig für unser Leben, vom Mittagstisch bis zu einer Krönung oder Amtseinführung eines Präsidenten“ – vielleicht würde er gerne die Krönung des/der nächsten HRH (His/Her Royal Highness [Seine/Ihre Königliche Hoheit]) „zelebrieren“. Auf seiner Website spricht Logan über die „anglikanischen und presbyterianischen Einflüsse meiner Kindheit“. Ganz und gar nicht inspiriert von Marx, Lenin und Trotzki, schaut Logan noch nicht mal auf den linken Flügel des Protestantismus während der Englischen Revolution unter Oliver Cromwell, sondern auf den presbyterianischen rechten Flügel und die monarchistischen Anglikaner! Dass dieser Mann der wahre Hohepriester einer angeblich marxistischen Organisation ist, sollte euch so ziemlich alles über die BT sagen, was man wissen muss.

Müll läuft nicht auf eigenen Beinen

Die BT ist nicht so sehr ein politischer Gegner als vielmehr eine unheilvolle Drohung mit Provokationen. 1983 startete die BT (die sich damals die Externe Tendenz nannte) eine internationale Kampagne, uns als „gewalttätig“ abzustempeln, mit der Lüge, dass wir eines ihrer Mitglieder angegriffen hätten – gerade als wir mitten in einem schwierigen legalen Kampf gegen das FBI steckten, das unsere Organisation als „gewalttätig“ ins Visier genommen hatte! Einige Jahre später (und zahlreiche bedrohliche Vorfälle später) versuchte das *Wall Street Journal* 1995, eine wachsende internationale Protestbewegung zur Verteidigung Mumia Abu-Jamal, einem schwarzen politischen Gefangenen in der Todeszelle, zu unterminieren, und sie benutzten die BT als eine Autorität für Verleumdungen, um das Partisan Defense Committee [Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung] – die Organisation, die zentral dafür gekämpft hatte, dass andere Jamals Fall aufgreifen – so darzustellen, als sei es mit einem verrückten „Kult“ verbunden. Das *Journal* (16. Juni 1995) schrieb: „Die Spartakisten werden von einem Mann namens James Robertson geführt, was die Internationale Bolschewistische Tendenz, eine Gruppe ehemaliger Spartakisten, dazu brachte, ihre alte

Fortgesetzt auf Seite 12

BT...

Fortsetzung von Seite 11

Partei als ‚Jimstown‘ zu verspotten, eine Parodie auf Jones-town in Guyana, dem Schauplatz des Massenselbstmords im Dschungel.“ Dieses Sprachrohr der amerikanischen herrschenden Klasse hatte sicherlich den Zweck erkannt von der reißerischen Verleumdung unserer Partei durch die BT als „Gehorsamskult“ und der Anspielung der BT auf den berühmten Massenselbstmord eines evangelischen religiösen Kultes 1978.

Die Darstellung unserer kommunistischen Organisation durch die BT, als wären wir ein Gulag und Personenkult nach Stalin-Art, kommt aus der verstaubten Mottenkiste „Finsternis am helllichten Tage“, und die eigentliche Politik der BT steht damit völlig im Einklang. Für die Existenz der BT sind sozialdemokratischer Antikommunismus und eine feindliche Besessenheit gegen uns so zentral und so miteinander verschlungen, dass, wie sie selbst zugeben, der „Fokuspunkt“ der Fusion ihrer deutschen Gruppe mit der winzigen Gruppe Leo Trotzki 2002 eine gemeinsame Feindlichkeit gegen jede Möglichkeit eines revolutionären Ergebnisses in Ostdeutschland 1989/90 war und gegen die eine Organisation, die für die Verwirklichung dieses Ergebnisses kämpfte, die IKL. Als Hunderttausende Arbeiter auf die Straßen Ostdeutschlands strömten, um eine wirklich egalitäre sozialistische Gesellschaft zu fordern, mobilisierten wir international unsere Kräfte in dem Bemühen, dieser beginnenden politischen Revolution eine trotzkistische Führung zu geben und für die revolutionäre Wiedervereinigung zu kämpfen – für ein rotes Deutschland der Arbeiterräte. Wir haben uns nicht durchgesetzt, aber gekämpft!

Die „Intervention“ der BT in diese revolutionären Ereignisse bestand darin, die IKL als bürokratischen Kult, der den Stalinisten ähnelt, zu verleumden und in einem Artikel mit der Überschrift „Robertsonites in Wonderland“ [Die Robertson-Anhänger im Wunderland] zu spotten, wir hätten eine „imaginäre politische Revolution“ (1917, Drittes Quartal 1991) erfunden. Nur jemand, der voll im Banne des anti-kommunistischen Mythos steht, dass der „stalinistische Totalitarismus“ die Arbeiter in den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten zu hirnlosen Automaten gemacht habe, die unfähig zum Kämpfen sind, konnte so ungeniert jede Möglichkeit abtun, dass ein anderes Ergebnis als die kapitalistische Konterrevolution möglich war.

Die unaufhörliche Klage der BT (wieder breit getreten im letzten *Bolschewik*) ist, dass wir bei dem Einheitsfrontprotest im Ostberliner Treptower Park am 3. Januar 1990, an dem 250 000 teilnahmen, der SPD keine Plattform anboten.

Zu dieser Einheitsfront, von uns initiiert und von der herrschenden stalinistischen Partei aufgegriffen, wurde aufgerufen aus Protest gegen die faschistische Schändung eines Ehrenmals für Sowjetsoldaten, die im Kampf für die Befreiung Deutschlands von Hitlers Nazis starben, und die Aktion basierte auf der Verteidigung der Arbeiterstaaten. Welchen Platz hatte die offen konterrevolutionäre SPD bei einem solchen Protest?!

Erst kürzlich weitete die BT ihre Umarmung der Konterrevolution aus, sie erstreckt sich jetzt nicht nur auf die deutsche SPD, sondern auch auf den von der CIA sehr geschätzten „Gott-König“, den tibetischen Dalai Lama. Die BT argumentiert in der letzten Ausgabe von 1917 (2004): „Eine revolutionäre Regierung in China würde zustimmen, dass die Tibeter oder die Uiguren das Recht haben, ihre eigenen inneren Angelegenheiten zu regeln, und würde damit ihre Bereitschaft signalisieren, mit Tibets traditioneller herrschender Kaste und mit Xinjiangs Mullahs zu koexistieren, solange diese die Unterstützung der Bevölkerung haben.“ Wo die stalinistische Bürokratie in Beijing „ein Land, zwei Systeme“ propagiert und Hong Kong als kapitalistische Enklave beibehält, geht die BT noch ein ganzes Stück weiter: um mit dem Feudalismus zu „koexistieren“! – oder, in anderen Worten, „ein Land, drei Systeme“. Solcher Respekt für die Ergebnisheit von stumpfsinnig gehaltenen Völkern gegenüber deren religiösen Führern hat viel gemeinsam mit Vorstellungen, mit denen in einer früheren Ära Apologeten für Klassen- und Rassenunterdrückung hausieren gingen – dazu gehörten reaktionäre Stereotypen wie der „demütige, fromme“ französische Leibeigene vor der Französischen Revolution von 1789 oder der angeblich „sorglose, zufriedene“ schwarze Sklave im Süden der USA vor dem amerikanischen Bürgerkrieg.

Insoweit die BT politische Fragen aufwirft, spiegelt dies von Kanada bis Deutschland die „Werte“ der herrschenden Klasse wider, gesehen durch die Brille der jeweils eigenen nationalen Sozialdemokratie. Die BT, mehr Provokateur als politischer Gegner, wird hauptsächlich durch subjektive Bösartigkeit gegenüber unserer Partei angetrieben. So sind sie offen für alle möglichen Angebote. Ihre Lügen und Verleumdungen sind die bevorzugten Waffen einer verbitterten und boshafte Bande von Renegaten. Ihr Ziel ist es, uns von denkenden Linken und subjektiv revolutionären Jugendlichen abzuschotten, während sie den Kräften der Reaktion, die gegen uns stehen, Munition liefern. Die BT ist wirklicher politischer Müll, und wie wir immer wieder in der Vergangenheit über sie gesagt haben, Müll läuft nicht auf eigenen Beinen.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 827, 28. Mai 2004

IKL-Bulletins

Über das Logan-Regime

Bill Logan wurde 1979 für Verbrechen „gegen kommunistische Moral und den ihr zugrunde liegenden elementaren menschlichen Anstand“ ausgeschlossen. Logan ist heute Führer der „Internationalen Bolschewistischen Tendenz“. Zum Nutzen der Arbeiterbewegung haben wir unsere internationalen Bulletins, die Logans Verbrechen dokumentieren, öffentlich zugänglich gemacht.

Teil 1	3,- € (82 Seiten)
Teil 2	3,- € (44 Seiten)
Teil 3	3,- € (79 Seiten)

(in englischer Sprache)

Erhältlich:

Spartakist-Vorabdruck,
12. September 2003

Übersetzungen von
Artikeln über
Bill Logan und die BT
aus *Workers Vanguard*
Nr. 807 und 808
(1. und 29. August 2003)

0,20 €

Zu beziehen über die Kontaktadresse

„Antideutsche“ ...

Fortsetzung von Seite 4

verunglimpft, die aus „linken Strukturen“ rausgeschmissen werden sollen. Es gab bereits Versuche, sie auf Grundlage dieses Schmierblattes aus linken Demos auszuschließen. Die Verteidiger des T-Shirt-Trägers denunzierten die Stellungnahme als Lügen und Verfälschungen und machen klar, dass es ihr Genosse war, der attackiert wurde. Jetzt nimmt Bahamas das als Anlass für ihre 10.-Juli-Provokation. Sie vermischen das mit einem kürzlich erfolgten *tatsächlich* antisemitischen Angriff auf einen israelischen Juden – damit setzen sie Antisemitismus mit Antizionismus gleich, genau wie es Joschka Fischer tut, der damit die Bourgeoisie von Auschwitz in den Augen der „demokratischen“ Öffentlichkeit weißwäscht! (Über Antisemitismus und Zionismus siehe: „Holocaust, ‚Kollektivschuld‘ und deutscher Imperialismus“, *Spartacist* [deutsche Ausgabe] Nr. 20, Sommer 1998.)

K&P hat der Bahamas eine Steilvorlage für ihren 10.-Juli-Aufmarsch geliefert, auch wenn sie nicht offiziell dazu aufruft. Nach dem gleichen Muster haben K&P und Bahamas bei einer Provokation gegen eine Antifa-Demo in Hamburg am 31. Januar zusammengearbeitet (siehe „Hamburg: Staatsterror gegen Antifaschisten – Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazis zu stoppen!“, *Spartakist* Nr. 154, Frühjahr 2004). Außerdem ist der Bahamas-Aufruf von einer rassistischen Hetztirade gegen Mumia Abu-Jamal gekennzeichnet, den sie als „Antisemiten“, der „zum Mord an Juden“ aufruft, verleumden. Dieser Angriff auf Mumia, ein schwarzer Journalist, der unschuldig in der Todeszelle in den USA sitzt, zeigt klar, dass „Antideutsche“ wie Bahamas nichts mit der Linken zu tun haben. Das ist die Art von Dreck, die man von der „Fraternal Order of Police“, der rassistischen Bullenbruderschaft in Pennsylvania erwartet, die Mumia tot sehen wollen! Bahamas' Hass auf Mumia spiegelt den Hass der amerikanischen Bourgeoisie auf die schwarze Bevölkerung wider.

Die „antideutsche“ Kampagne gegen die RK und Mumia-Unterstützer findet beunruhigende Akzeptanz und Unterstützung (implizit und explizit) bei Teilen der Autonomen, auch bei denjenigen, die den Rassismus und Pro-Imperialismus der Bahamas ablehnen. In einer ekelhaften Kapitulation vor der rassistischen Kampagne hat das (ehemalige?) Antifa-Zentrum Köpi ein Mumia-Solidaritäts-Konzert am 11. Juni abgesagt, weil sich das Aktionsbündnis für Mumia Abu-Jamal nicht von dem „Antizionistische-Aktion“-T-Shirt distanzieren wollte. In einer Stellungnahme zur Absage des Konzerts gehen sie soweit, den „antideutschen“ Angriff zu rechtfertigen: „Wer derartige Symbole trägt, riskiert halt, was auf's Maul zu kriegen!“

Dass Linke die Verteidigung von Mumia Abu-Jamal sabotieren, ist wirklich verabscheuungswürdig! Er ist ein mutiger, ausgesprochener Gegner von rassistischer und imperialistischer Unterdrückung. Wir Spartakisten haben seit ca. 15 Jahren aktiv dafür gekämpft, seinen Fall international bekannt zu machen, vor allem um die Macht der Arbeiterklasse für seine Befreiung zu mobilisieren. Für Hintergrundinformationen empfehlen wir die Broschüre „Mumia Abu-Jamal Is an Innocent Man!“ (September 2001) des Partisan Defense Committee, die Beweise für seine Unschuld dokumentiert. *Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!*

Andere autonome Gruppen unterstützen die Hexenjagd, indem sie helfen, die RKs aus Antifa-Bündnissen und ähnlichem auszuschließen, ihre Unterschrift unter das „antideutsche“ Statement setzen oder einfach durch bedrücktes Schweigen. Die Autonomen und Linken, die vor der „antideutschen“ Kampagne kapitulieren, sind vor allem durch

die Darstellung der „Antideutschen“, die RKs seien gewalttätige „Antisemiten“ und „Messerstecher“, in Hysterie verfallen. Sie tun dies, weil sie die „Antideutschen“ noch immer als einen Teil der Antifa-Linken sehen und nicht als das, was sie sind, gewalttätige Rassisten im Dienst der Bourgeoisie von Auschwitz. Die „antideutsche“ Kampagne ist ein perfide eingefädelter Appell an rassistische Vorurteile. Sie hetzen wie der Staat und die Springerpresse gegen arabische und türkische „Streetgangs“. Wir haben nur Verachtung für diejenigen übrig, die so wenig Rückgrat haben, dass sie vor dieser widerwärtigen rassistischen Demagogie kapitulieren!

Wie schon gesagt, kennen wir nicht alle Details des Vorfalls auf dem Karneval der Kulturen. Aber wir müssen gar nicht jede Einzelheit kennen, um zu wissen, wer die „Antideutschen“ sind und was ihre Geschichte ist! Die „Antideutschen“ sind keine Linken, sondern Unterstützer der US-geführten kolonialen Besatzung des Iraks und des zionistischen Staatsterrors gegen die Palästinenser. Sie sind rassistische Helfershelfer für den „Krieg gegen den Terror“ der SPD/Grünen-Regierung des deutschen Imperialismus gegen die muslimische Minderheit und alle Immigranten. Wie wir in „Antinationale/Antideutsche: Schlägertrupp für SPD/Grünen-Regierung!“ (*Spartakist* Nr. 152, Herbst 2003) aufgedeckt haben, kassieren einige „antideutsche“ Gruppen Geld vom deutschen kapitalistischen Staat. Wiederholt haben sie linke Gegner von israelischem Staatsterror attackiert. Wir selbst waren Ziele physischer Angriffe, als „antideutsche“ Schlägertrupp vor einem Jahr zwei unserer Veranstaltungen an der Humboldt-Uni angriffen und uns als „Antisemiten“ diffamierten. Die Zionisten behaupten, die Palästinenser gegen israelischen Staatsterror zu verteidigen sei „antisemitisch“. Was sie an uns besonders hasen, ist, dass unsere internationalistische Position diese Lüge zunichte macht: Wir kämpfen für die Perspektive einer arabisch/hebräischen Arbeiterrevolution gegen Israels kapitalistische Herrscher. Im Rahmen des Kapitalismus gibt es keine gerechte Lösung, wenn zwei Nationen, wie in Israel/Palästina, ein und dasselbe Territorium für sich beanspruchen. Entweder unterdrückt die zionistische Bourgeoisie die Palästinenser oder die Bedingungen der Unterdrückung kehren sich um. Am 3. Juli 2003 mussten wir unsere Veranstaltung abbrechen und verlegen, weil sie eine Rauchbombe zündeten und die Bullen riefen. Als Antwort darauf haben wir eine Gegenkampagne gestartet, um uns und die Linke zu verteidigen, wir appellierten an andere Linke, sich solchen Angriffen entgegenzustellen, und entlarvten den wahren Charakter der „Antideutschen“, um sie politisch zu isolieren.

Als Trotzisten haben wir grundsätzliche politische Differenzen mit den maoistischen/guevaristischen RKs, aber wir stehen auf dem Prinzip der nichtsektiererischen Verteidigung innerhalb der Arbeiterbewegung und Linken: „Ein Angriff auf Einen ist ein Angriff auf Alle!“ Die „Antideutschen“ sind eine wirkliche Bedrohung für Linke und Immigranten, und wir sind für das Recht der RKs und anderer, sich gegen Angriffe der „antideutschen“ Provokateure zu verteidigen. Wie man an ihrer pogromartigen Ankündigung für den 10. Juli sieht, wird das Ziel der „Antideutschen“ jedes Mal breiter, wenn ihnen eine Provokation gelungen ist: Sie richtet sich neben Immigranten und Linken in Neukölln/Kreuzberg auch gegen die reformistische Tageszeitung *junge Welt* und den liberalen Grünen-Abgeordneten Ströbele. *Nieder mit „antideutschen“ Angriffen auf Linke und Immigranten! Stoppt die Hetzkampagne gegen RK und Mumia-Unterstützer! Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen den Terror“! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! Verteidigt die Palästinenser gegen israelischen Staatsterror! ■*

Schwindel in der Ukraine

CWI: Von Jelzins Barrikaden

in den Augiasstall

Mehr als zehn selbst ernannte revolutionäre Organisationen überall auf der Welt haben mehrere Jahre lang über ihre ukrainischen „Sektionen“ geprahlt. Im letzten Juli lösten sich die ukrainischen Filialen dieser Schwindel-Internationalen in Rauch auf. Es kam heraus, dass die ukrainische Sektion von Peter Taaffe von London aus organisiertem Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI, in Deutschland die Sozialistische Alternative Voran, SAV), unter Führung eines Oleg Vernik, einen zynischen Abschaum organisiert hatte, um diese Gruppen um Geld zu betrügen, indem sie allen gegenüber gleichzeitig vorgab, deren ukrainische „Sektion“ zu sein (siehe auch „Con Artists Get Conned – Chickens Come Home to Roost in Kiev“, *Workers Vanguard* Nr. 808, 29. August 2003, und „Ukraine Con Game: Opportunism, Crime and Punishment – IG's Potemkin Village Idiocy *Ad Absurdum*“, *Workers Vanguard* Nr. 828, 11. Juni). Die CWI-Führung protestiert, dass sie keine Verantwortung für diesen Schwindel hat. Aber diese Operation wäre, angesichts ihres weitreichenden Ausmaßes und weil sie vor aller Augen der ukrainischen und russischen Linken in grellestem Licht ablief, **unmöglich** gewesen, wenn nicht das Londoner Büro von Peter Taaffe weggeschaut hätte.

Nun ist die CWI-Führung mit Schadensbegrenzung beschäftigt und gibt nur das zu, wozu sie sich gezwungen sieht – und kein Deut mehr. Eine „Erklärung des Internationalen Sekretariats des CWI zur ukrainischen Organisation“ vom 29. August 2003 informierte die Schwindelgruppen, dass sechs der Kiewer Hochstapler aus dem CWI ausgeschlossen worden seien. Was die anderen angeht, heißt es in der Erklärung, dass „zu den Mitgliedern der ukrainischen Organisation einige sehr gute Genossen gehören, von denen einige den unehrlichen Methoden zugestimmt haben“! Oleg Vernik selbst wurde lediglich suspendiert und sein Ausschluss sollte auf der nächsten Sitzung des Internationalen Exekutivkomitees (IEC) des CWI behandelt werden. Unseres Wissens nach hat das CWI keine weitere Information über ihre gegenwärtige Beziehung zu Vernik veröffentlicht.

Das CWI hoffte offensichtlich ihre russische Organisation aus dem Rampenlicht halten zu können, und gab ihr sogar den Auftrag, beim Säubern ihrer Kiewer Schweinerei mitzumachen. Aber ein Führer des Moskauer CWI, Ilja Bu-

Der Augiasstall ist in der griechischen Sage der Rinderstall des Königs Augias, den dieser 30 Jahre lang nicht hatte reinigen lassen, so dass eine Säuberung als nicht menschenmöglich galt.



Corbis

Jelzins konterrevolutionärer Abschaum vor dem Weißen Haus in Moskau, August 1991. Die Zeitung der russischen Militant-Tendenz *Rabotschaja Demokratija* vom Oktober 1991 triumphierte: „Auf den Barrikaden in Moskau...“, „...und in Leningrad“

РАБОЧАЯ ДЕМОКРАТИЯ № 3 ОКТ. 1991
ЦЕНА 1 Р

ОТДАН КОМИТЕТА ЗА РАБОЧУЮ ДЕМОКРАТИЮ И МЕЖДУНАРОДНЫЕ СОЦИАЛИЗМ

НА БАРРИКАДАХ — И В ЛЕНИНГРАДЕ

В МОСКВЕ:

События в Ленинграде не имеют, однако, более актуального значения, чем события в Москве. В Москве, где в настоящее время находится центральный комитет Рабочей демократии, идет борьба за власть между различными группами. В Ленинграде же борьба идет за власть между различными группами. В Москве же борьба идет за власть между различными группами. В Ленинграде же борьба идет за власть между различными группами.

draitskis, wurde von drei Gruppen als einer der Schwindler benannt: von der League for the Revolutionary Party (LRP, in Deutschland das KOVI), von der Internationalen Bolschewistischen Tendenz (BT) und Berichten zufolge von der Internationalistischen Gruppe (IG). Die BT veröffentlichte eine Erklärung, die vom IEK des CWI auf einer Sitzung vom 19.–24. November 2003 angenommen wurde, wo zugegeben wird, dass sich Budraitskis tatsächlich gegenüber der LRP, der BT und der Liga für die Fünfte Internationale (von Workers Power, in Deutschland die Gruppe Arbeitermacht) als Mitglied ihrer jeweiligen mutmaßlichen Kiewer Gruppe ausgegeben hatte. Das CWI beteuerte gegenüber der ganzen Welt, Budraitskis „sei nicht motiviert durch irgendeinen Wunsch, Geld zu kriegen“, und sehe sich verpflichtet, „das CWI auf einer prinzipienfesten Grundlage aufzubauen“, und das CWI verkündete, dass er vor mindestens sechs Monaten aus den Führungsgremien des russischen CWI entfernt worden sei.

Die wirkliche Haltung der russischen Taaffe-Anhänger – unverbesserlicher Zynismus – spiegelt sich auf ihrer Website wider, wo sie einen Dialog mit den Kritikern ihrer Behandlung des Skandals führen. Auf einen Kritiker, der protestierte: „Ihr habt Unrecht zu denken, dass man bald vergessen wird“, antwortete der Site-Administrator: „Es ist uns scheißegal, wer, was oder wo vergessen oder erinnert wird.“ Er

fuhr fort: „Niemand außer Verlierern ist interessiert an dem Schicksal der ‚sozialistischen Aktivisten der BT‘ und ihresgleichen. Schließlich hielten sie sich für die intelligentesten und fortgeschrittensten – also, sie haben das bekommen, was ihrer Intelligenz und ihrem Entwicklungsstand entspricht.“ Als der Kritiker darauf bestand, zu „erfahren, was eure Position zum ukrainischen CWI ist“, erwiderte der Site-Administrator: „Auf welcher Grundlage verlangst du eine Meinung von uns? Dies ist eine interne CWI-Angelegenheit.“

Das CWI auf Jelzins Barrikaden

Die Korruption der ukrainischen und russischen Sektion des CWI floriert in der besonders reaktionären Lage der nach-konterrevolutionären Ex-UdSSR. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga kämpften auf der Basis von Trozki's Programm bis zum Schluss gegen die kapitalistischen Konterrevolutionen von 1989–92 im ehemaligen Sowjetblock. Ein wichtiger Teil unseres Kampfes in der UdSSR war die schonungslose Entlarvung darüber, wie das CWI den Trozki'smus an die Konterrevolution zum Ausverkauf anbot.

Heutzutage behauptet Peter Taaffe, die Militant-Tendenz sei gegen den proimperialistischen Gegenputsch des russischen Präsidenten Boris Jelzin im August 1991 gewesen, der die Periode offener Konterrevolution einleitete und in die Schaffung eines bürgerlichen Staates und die Restauration von Kapitalismus mündete. In der Online-Veröffentlichung *Militant's Real History* [Die wirkliche Geschichte von Militant] von 2002 schrieb Taaffe: Wir distanzieren uns öffentlich von den prokapitalistischen Jelzin-Anhängern, von denen einige zur Verteidigung ihres Helden zum Weißen Haus in Moskau strömten.“ Dies ist eine Lüge. Sie waren auf den Barrikaden vor Jelzins Weißem Haus. Die Schlagzeilen auf der Titelseite ihrer Zeitung *Rabotschaja Demokratija* (Oktober 1991) triumphierten: „Wo wir waren“, „Auf den Barrikaden in Moskau ...“, „... und in Leningrad“. Sie schrieben:

„Ich bin Teilnehmer des Kampfes für Demokratie. Ich möchte erzählen, wie dies alles geschah und was ich mit meinen eigenen Augen sah.

Am Montag, den 19. ...

Ich ging zum Weißen Haus und half Barrikaden aufzubauen beim Denkmal für die Märtyrer der Revolution von 1905.

Es war symbolisch, dass die Barrikaden der Revolution von 1905 auf demselben Platz waren, wo die Barrikaden der Revolution von 1991 errichtet wurden! Nur endete damals die Revolution mit einer Niederlage, jetzt jedoch mit einem Sieg!“

Die Internationale Kommunistische Liga kämpfte für bedingungslose militärische Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaates und seiner vergesellschafteten Eigentumsformen. In unserer Erklärung vom August 1991: „Sowjetische Arbeiter: Besiegt Jelzins/Bushs Konterrevolution!“, von der zehntausende Exemplare in der gesamten Sowjetunion verteilt wurden, schrieben wir, dass Arbeitermobilisierungen den konterrevolutionären Abschaum



Spartacist

auf Jelzins Barrikaden hätten weggefegen sollen, um damit den Weg frei zu machen für die proletarische politische Revolution zum Sturz der Verräter.

Die Anhänger von Taaffes Militant-Tendenz sind nicht nur auf Jelzins Barrikaden geklettert – wo sie sowieso nicht gebraucht wurden. Sondern sie gingen auch zu den Fabriken, wo diese sozialdemokratischen Verräter versuchten, die Arbeitermobilisierungen gegen Jelzins und Bushs „Demokraten“ abzufangen:

„Aus den Erklärungen [des putschistischen Notstandskomitees] ergab sich, dass sie gegen die so genannten ‚Demokraten‘ vorgingen, und damit drohte die Unterstützung für die Putschisten durch Arbeiterorganisationen, die nicht die Grundsätze der ‚Demokraten‘ teilten: die Herrschaft des Privateigentums und kapitalistische Macht. Und genau das geschah. Einige der Arbeiterorganisationen machten sich bereit, Willkommensgrüße zu übermitteln, und bei mehreren Fabriken versuchten die Arbeiter sogar Verteidigungsgruppen zur Unterstützung für die Putschisten zu organisieren.

Vom Morgen an erklärten unsere Mitglieder den Arbeitern an ihrem Arbeitsplatz, dass die Position des Notstandskomitees nicht mit ihren Interessen übereinstimme. Zusätzlich schlossen sie sich Arbeiteraktivisten anderer Organisationen an, um überstürzte Aktionen zu verhindern.“ („Wo wir waren“)

Der Impuls dieser Arbeiter war bei weitem besser als der von der Militant-Tendenz, die durch ihre Unterstützung für Jelzin genau in dem Lager aller imperialistischen Mächte auf der Welt landete. Leider versuchten die verknöcherten Bürokraten des putschistischen „Notstandskomitees“ die Arbeiter von Mobilisierungen gegen Jelzin abzuhalten, weil auch sie einem Programm der kapitalistischen Restauration verpflichtet waren und auf keinen Fall die imperialistischen Mächte verärgern wollten. Wie wir in unserer Erklärung vom August 1991 sagten, wären klassenbewusste sowjetische Arbeiter, die die dringende Notwendigkeit sahen die kapitalistisch-restaurativen Kräfte zu stoppen, gegen Jelzin gewesen, hätten aber auch keine Illusionen in den Anti-Jelzin-Putsch gehabt. Wir wiesen auf einen Aufruf einer Arbeiterkonferenz hin – im Vormonat initiiert von Delegierten aus 400 größeren Betrieben der Moskauer Region –, Arbeitermilizen für den Erhalt des vergesellschafteten Eigentums zu bilden in Solidarität mit dem „Notstandskomitee“.

Fortgesetzt auf Seite 16



Taaffe-Anhänger heißen Faschisten der National-Bolschewistischen Partei auf ihrer 1.-Mai-Veranstaltung in Moskau 1998 willkommen (links). Oben: Darstellung eines Mitglieds der National-Bolschewistischen Partei nach dem Vorbild von Hitlers SA-Männern



Spartacist



IKL-Banner in Moskau 1991 auf der Demonstration zum Jahrestag der Oktoberrevolution. Historisches IKL-Flugblatt, massenhaft in der UdSSR verteilt: „Sowjetische Arbeiter: Besiegt Jelzins/Bushs Konterrevolution!“

CWI-Schwindler...

Fortsetzung von Seite 15

Wir schrieben: „Ein Aufruf für Arbeitermilizen, um die konterrevolutionären Demonstrationen der Jelzin-Anhänger zu zerschlagen, war sicherlich angebracht. Aber wenn das Notstandskomitee seine Macht gefestigt hätte, hätte es versucht, alle derartigen Arbeitermilizen aufzulösen, weil diese andernfalls unweigerlich und schnell seiner politischen Kontrolle entwichen wären. Eine unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse war das letzte, was diese degenerierten Stalinisten sehen wollten.“

Wir kämpften für den Sturz der stalinistischen Verräter durch eine proletarische politische Revolution auf der Grundlage der Verteidigung der Errungenschaften der großen Russischen Revolution von 1917, die in der Sowjetunion trotz deren Degeneration weiterhin verkörpert waren. Die Opposition von Militant gegenüber den stalinistischen Putschisten kam direkt von ihrer Position, dass alles, auch eine kapitalistische Restauration, dem „stalinistischen Totalitarismus“ vorzuziehen sei. Sie im Lager der von den Imperialisten angefeuerten Konterrevolution wieder zu finden war nichts Neues für diesen Verein. Sie waren gegen die Intervention der sowjetischen Roten Armee in Afghanistan gegen die von der CIA unterstützte islamische Reaktion, sie bejubelten die klerikale und antisemitische „Gewerkschaft“ Solidarność in Polen, die 1981 den polnischen deformierten Arbeiterstaat zu stürzen versuchte, und sie traten für die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 ein (siehe unsere Spartakist-Broschüre *Voran/Militant Labour: Rührendes Verträuen in den kapitalistischen Staat*, 1994).

Von der „demokratischen“ Konterrevolution in den „rot“-braunen Sumpf

Als Jelzins „demokratische“ kapitalistische *soziale Konterrevolution* in wirtschaftlichen Zusammenbruch und ethnische Abschlachten überging, haben Russlands neue herrschende kapitalistische Banden dieses Grauen hingestellt als eine *nationale Erniedrigung*, die auf das Konto der üblichen Verdächtigen ginge: Ausländer, Juden, Minderheiten usw. Dies war die ideologische Basis für die Herausbildung des „rot“-braunen Oppositionsbündnisses, das alles umfasste von Faschisten und Monarchisten bis zu so genannten Linken. Die Internationale Kommunistische Liga antwortete auf den Anstieg der braunen Welle, indem wir eine Ausgabe von unserem russisch-sprachigen *Bjulleten Spartakowtsew* veröffentlichten, in der wir besonders auf die Rolle einer leninistischen Partei als Volkstribun eingingen, der Frauen,

Homosexuelle, Juden, Minderheiten und unterdrückte Nationalitäten verteidigt, die alle eine Zielscheibe des wiederkehrenden mittelalterlichen Fanatismus aus finsterster russischer Vergangenheit sind. Die russische Militant-Gruppe schwamm *mit* der braunen Welle und lief hinter dem Hauptbollwerk der „rot“-braunen Koalition hinterher, das sich den ungeheuerlich falschen Namen Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) gegeben hatte und Russlands größte Partei war.

Kürzlich erklärte Rob Jones vom CWI zu den am 7. Dezember 2003 durchgeführten (Parlaments-)Wahlen zur russischen Duma, die der KPRF eine schwere Niederlage bereiteten, auf ihrer englisch-sprachigen Website: „Wir ... riefen Arbeiter und Jugendliche dazu auf, keine Partei zu unterstützen, die vom Großkapital unterstützt wird – einschließlich der KP –, aber rufen die Arbeiter dazu auf, ihre eigenen unabhängigen Klassenorganisationen zu organisieren, um den Klassenkampf zu stützen“ („Election Victory for Pro-Putin United Russia Party“, 10. Dezember 2003).

Dies ist eine weitere Lüge. Die wirkliche Position der russischen Taaffe-Anhänger, gegenwärtig „Sozialistischer Widerstand“ genannt, ist in ihrer russisch-sprachigen Erklärung vom Juni 2003 enthalten: „Parlamentswahlen in Russland: Die Orientierung des Sozialistischen Widerstands“. Darin versteckten sich die russischen Taaffe-Anhänger hinter der Tatsache, dass es zwei Sorten von Kandidaten bei den Wahlen gab: für die Listenwahl und für die Personenwahl. Zwar hieß es in ihrer Erklärung zu den Kandidaten der Partei-Listen: „Auf keinen Fall kann man zur Wahl einer solchen Partei aufrufen“ wie der KPRF; doch bei der Personenwahl *unterstützten sie die Wahl von „Arbeiter“-kandidaten der KPRF*: „Nachdem in jedem Bereich die Kandidaturen feststehen, werden Arbeiterkandidaten (falls es solche gibt) der Gewerkschaften, der russischen Arbeiterpartei, der RKRP, der KPRF oder anderer Parteien ausgewählt, die vom Sozialistischen Widerstand unterstützt werden“ (unsere Hervorhebung).

Ihre Erklärung enthüllt auch, dass die russischen Taaffe-Anhänger eine ständige Politik hatten, die KPRF (direkt oder indirekt) zu unterstützen:

„Bei den vorherigen Dumawahlen von 1993 und 1998 war unsere Losung: ‚Keine Stimme für die Rechten!‘ Das bedeutete, nicht zur Wahl von bürgerlichen, das heißt rechten, Parteien aufzurufen, und logischerweise, *eine linke Partei zu wählen*. Aber wie entscheidet man, welche Partei links ist? Wir antworteten wie folgt. Da du eine bewusste Wahl getroffen hast, keine bürgerliche Partei zu wählen, tritt eine zweite bewusste Entscheidung. *Wenn du*

glaubst, die KPRF sei eine linke Partei – wähle sie. Und noch besser, schließ dich ihr an und prüfe, ob das wirklich der Fall ist... Wir selber haben allerdings keine Illusionen in diese Parteien; wir glauben, dass es notwendig ist, eine wirkliche Arbeiterpartei zu wählen. Gibt es keine solche Partei? Das bedeutet, es ist notwendig, eine aufzubauen! Aber heutzutage in der so genannten Linken da gibt es tatsächlich weiterhin nur eine Partei: die KPRF.“ (unsere Hervorhebung)

Wahlunterstützung für die KPRF ist keine taktische Frage. Die KPRF ist auf der anderen Seite der Klassenlinie. Von Anfang an, seit 1993, war die KPRF immer eine ausgesprochen bürgerliche Partei, feindlich gegenüber Aktionen der Arbeiterklasse. Sie war das Hauptwerkzeug, um die Wut zu kanalisieren: weg von der kapitalistischen Konterrevolution, hin zu Rassismus und Antisemitismus – dem „Sozialismus der dummen Kerls“ – im eigenen Land sowie zur Unterstützung Russlands imperialer Ansprüche nach außen. Im Oktober 1998, als der prominente KPRF-Führer General Albert Makaschow wiederholt erklärte: „Ich will alle Juden zusammentreiben und ins Jenseits befördern!“, hat sich die KPRF-dominierte Duma geweigert, einen Tadel gegen ihn auch nur in Erwägung zu ziehen. Als das tschetschenische Volk durch die Niederschlagung von Jelzins barbarischem im Kolonialstil geführten ersten Tschetschenienkrieg 1994–96 die De-facto-Unabhängigkeit gewann, setzte sich die KPRF an die Spitze der Opposition gegen den Friedensvertrag, weil dieser ein Schandvertrag für die regionalen imperialen Ambitionen Russlands im Kaukasus und Zentralasien sei. 2001 herrschte die KPRF in den meisten russischen Regionen, und 1998 war ein KPRF-Mitglied der erste stellvertretende Ministerpräsident in Jelzins Kabinett. Zu den Kandidaten auf der KPRF-Parteiliste bei den Dumawahlen 2003 gehörten auch ein Milliardär und 16 Millionäre, darunter Ölbarone des damals größten Ölgiganten Yukos, einschließlich des ehemaligen Vorsitzenden Sergej Murawlenko! Kein klassenbewusster Arbeiter würde jemals zur Wahl der verabscheuungswürdigen, bürgerlichen KPRF aufrufen.

Das russische und ukrainische CWI: Im Bett mit Faschisten

Die Anpassung der Taaffe-Anhänger an plebejischen russischen Nationalismus führte sie weit über die Wahlplattform der KPRF hinaus. Sie buhlten um und verkehrten mit Faschisten in Russland und der Ukraine! Peter Taaffe behauptet, dass das CWI eine Bewegung gegen die Faschisten der National-Bolschewistischen Partei (NBP) in Russland führe, weil er weiß, wie empörend die wirkliche Verbindung des CWI zu ihnen ist. So präsentiert sich Taaffe der Welt im

Internet als jemand, der Zielscheibe eines NBP-Störmanövers gewesen sei, als er am 1. Mai 1998 eine Rede in Moskau hielt:

„Das CWI damals war massiv in eine antifaschistische Kampagne involviert, deren Hauptziel die so genannte National-Bolschewistische Partei unter der Führung von Limonow war – eine rechte nationalistische Organisation, die eine Menge Jugendliche anzog, weil sie radikale, scheinbar linke Symbole wie Che Guevara verwendete, aber deren Hauptideologen Faschisten waren. Sie benutzen zum Beispiel Nazi-Armbinden, wobei der einzige Unterschied der ist, dass sie das Hakenkreuz durch Hammer und Sichel ersetzt haben. Als einige aus dieser Gruppe bei dieser Veranstaltung auftauchten, verkündete der Vorsitzende, dass es ihnen nicht erlaubt sei, zu sprechen. Nach der Hälfte der Versammlung starteten sie Zwischenrufe, beschuldigten uns Juden zu sein.“ (Peter Taaffe, *Militant's Real History*)

Tatsächlich hatte Taaffes Problem auf dieser Veranstaltung nichts mit der NBP zu tun, sondern vielmehr mit der Tatsache, dass ein Genosse von uns, der da war, die Anwesenheit der Faschisten verurteilte und aus Protest ging. Die NBP war eindeutig eingeladen. Wie wir in unserem Artikel „Little England Labourites Embrace Russian Fascists“ [Klein-England-Labour-Anhänger umarmen russische Faschisten], *Workers Vanguard* Nr. 696, 11. September 1998, feststellten, verbreitete das CWI am 1. Mai 1998 einen ungeheuerlichen Appell in *Levy Avangard*, der Zeitung ihrer russischen Gruppe, mit der Überschrift: „Wie versteht man die NBP“. Dieses widerliche Machwerk appelliert an die Faschisten: „In welcher Welt willst du leben, mein lieber Freund?“ Es drückt dann „Mitgefühl“ für diejenigen Faschisten aus, die „alles in der Form von einem sich ewig drehenden Hakenkreuz“ bewahren möchten. An jene Faschisten, die „in einer Welt von wahren Menschen, die Wirklichkeit anerkennend“, leben wollen, richtet der Artikel zum Schluss die Einladung: „Warum seid ihr noch nicht bei uns?“

Taaffe bestreitet jetzt unsere Entlarvung, wie sie die Faschisten auf ihrer Veranstaltung zum 1. Mai 1998 willkommen hießen. Hier ist ein unabhängiger Bericht über den Vorfall, der in einer anarchistischen Zeitschrift veröffentlicht wurde:

„Nachdem die Sitzung anfang, begann [G.], der als Gast teilnahm (und eine konkurrierende trotzkistische Tendenz repräsentiert, die ‚Spartakisten‘), öffentlich Entrüstung über die Anwesenheit von Mitgliedern der NBP im Raum auszudrücken. Er nannte sie Reaktionäre und ‚Semi-Faschisten‘ (das einzige, was unklar war: warum nur ‚semi‘) und erklärte dazu, dass er den Saal verlasse, da er nicht mit ihnen im gleichen Raum sein möchte. Zu unserem Erstaunen richtete sich der Zorn der Versammlung nicht gegen die Köpfe der ‚Natsbols‘ [National-Bolschewiki], sondern gegen den ‚Störer des Friedens‘. Auf den Gesichtern der Trotzisten anderer Tendenzen machte sich Grinsen breit, und spöttische Bemerkungen: ‚Welch Glück, dass wir ihn los sind!‘, wurden laut; Mark, der Gesinnungsgenosse des Historikers Rogowin (Internationales Komitee für die Vierte Internationale [North-Anhänger]), sagte, ‚Auf Wiedersehen!‘ Einer der ‚Limonow-Anhänger‘ sagte deutlich ‚Lepra-Jud!‘ Dazu gab es keinerlei Proteste von [den Führern des russischen CWI] Schibanow und Jones, die auf den Wutanfall der Faschisten mit völliger Gleichgültigkeit reagierten. Aber dann, als [G.] in den Raum zurückkehrte, um einige Fotos der National-Bolschewiki im Raum zu machen, sprang Schibanow hoch und auf ihn zu, möglicherweise um den Film zu beschlagnahmen. Aber der ‚Spartakist‘ verließ die Versammlung rechtzeitig.“ (Wladimir Sirogin, „May Day à la Trotskyists (Notes of an Eyewitness)“ [1. Mai à la

Fortgesetzt auf Seite 18

SPARTACIST

NUMBER 58 ENGLISH EDITION SPRING 2004

Fourth ICL International Conference, Autumn 2003

The Fight for Revolutionary Continuity in the Post-Soviet World

PAGE 2

Forty Years of Spartacist

"Toward Rebirth of the Fourth International"

PAGE 14

The Origins of Japanese Communism, Debate over "Two-Stage Revolution" and the American Occupation

The Meiji Restoration: A Bourgeois Non-Democratic Revolution

Appendix: Historical Documents

- Manifesto of the Preparatory Committee to the Japanese Communist Party (1921)
- Program of the Communist Party of Japan (1922)
- Report on Experiences at the Special Congress of the Japanese Communist Party (1923)

PAGE 23

Anti-Immigrant, Anti-Woman, Anti-Sex:

U.S./UN Crusade Against "Sex Trafficking"

PAGE 40

Neu!

Spartacist,
theoretische und
dokumentarische
Quellensammlung
der ICL

Englische Ausgabe
Nr. 58, Frühjahr 2004
€ 1,50

Zu beziehen über die
Redaktionsadresse

CWI-Schwindler...

Fortsetzung von Seite 17

Trotzkisten (Notizen eines Augenzeugen)], *Naperekor*, Sommer 1998)

Das 1.-Mai-Meeting 1998 war kein isolierter Vorfall. Letztes Jahr führte das CWI einen ständigen Dialog mit der NBP auf einer Diskussionsseite der Website des russischen CWI unter der Überschrift: „Frage eines Natsbol an Marxisten“. Als die NBP in der Stadt Jaroslawl die örtlichen Taaffe-Anhänger bei einer Revolutionstagsdemonstration am 7. November 2003 physisch angriff, reagierte das russische CWI darauf mit der Öffnung noch einer weiteren neuen Diskussionsseite „Fragen an Mitglieder der NBP“. Im Streben nach Waffenruhe und nach einer Fortsetzung des Online-Dialogs versicherten die Taaffe-Anhänger gegenüber der NBP auf ihrer Website: „Wir haben nicht vor, irgendwelche Kriege anzufangen.“

Dies geschah inmitten eskalierender faschistischer Angriffe. Innerhalb weniger Tage nach dem NBP-Angriff auf die Taaffe-Anhänger ging ein Studentenwohnheim der Moskauer Lumumba-Universität in Flammen auf (siehe auch unseren Artikel „Racism and Capitalist Counterrevolution – Moscow Foreign Student Dorm Fire Kills 43“ [Rassismus und kapitalistische Konterrevolution – 43 Tote bei Brand in Moskauer Studentenwohnheim für ausländische Studierende], *Workers Vanguard* Nr. 818, 23. Januar). Die Studenten waren ständigen Angriffen durch Skinheads ausgesetzt, und viele von ihnen sagen, dass die Skinheads das Feuer gelegt haben.

Den russischen Taaffe-Anhängern haben die Bemühungen um faschistische Jugendliche vielleicht nichts anderes als Demütigung und Schläge eingebracht, aber der ukrainische „Arbeiterwiderstand“ (RS) des CWI *arbeitet tatsächlich offen mit Faschisten zusammen!* Am 15. Februar 2003, dem Tag der koordinierten internationalen Proteste gegen den US-geführten Krieg im Irak, hat das ukrainische CWI auf seiner offiziellen Website eine Erklärung veröffentlicht, die von ihnen und, unter anderen, von der faschistischen ukrainischen Bruderschaft (Odessa) [Bratswo] unterzeichnet ist. Es gibt keine Zweideutigkeit über den Charakter dieser Gruppe. Die russischen Taaffe-Anhänger haben auf einer Web-Veröffentlichung vom 6. April 2004 Bratswo „eine faschistoide Organisation“ genannt, das ukrainische Gegenstück zur russischen National-Bolschewistischen Partei.

Direkt unter den Augen des Staates

Die Straflosigkeit, mit der das ukrainische Franchise-Unternehmen des CWI seine Betrügereien durchziehen konnte, ist höchst verdächtig. Der russische und besonders der ukrainische bürgerliche Staat verfolgt Oppositionsbewegungen mit aller Härte. Wie wir schrieben, ist das etwas, was wir direkt erfahren haben:

„Wir kämpften bis zur letzten Barrikade gegen Jelzins/Bushs kapitalistische Konterrevolution und kämpften für den Aufbau einer wirklichen Organisation in der UdSSR. Und wir zahlten den Preis. Die Kremlobrokratie und danach die kapitalistischen Regime, die sie ersetzten, wussten, wie real die IKL war, und verfolgten uns mit aller Härte. Unsere Genossen wurden festgenommen, terrorisiert, angegriffen und gejagt durch Faschisten und Stalinisten gleichermaßen. 1992 wurde unsere erfahrene Führerin der Moskauer IKL-Station, Martha Phillips, auf ihrem Posten ermordet; die Behörden mauerten, während wir vergeblich versuchten herauszufinden, wer sie getötet hat. 1995 wurden wir unterdrückt und offiziell aus der Ukraine verbannt. („Con Artists Get Conned – Chickens Come Home to Roost in

Kiew“ [Schwindler selbst reingelegt – wer in Kiew anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein], *Workers Vanguard* Nr. 808, 28. August 2003)

Die politische Polizei der Ukraine hat sogar noch eine altmodische Bücherverbrennung durchgeführt mit der russisch-sprachigen Ausgabe von Troztkis *Die Kommunistische Internationale nach Lenin*, die wir veröffentlicht und praktisch in der gesamten ehemaligen UdSSR vertrieben haben. Die IKL erhielt Solidaritätserklärungen gegen unsere Verbannung aus der Ukraine von weit her, sogar aus Südafrika. Aber aus nächster Nähe, in Moskau, sagte das CWI kein Wort, und das Schweigen, das von seiner ukrainischen Sektion kam, war sogar noch ohrenbetäubender.

Heute ist der ukrainische Sicherheitsdienst wieder hinter etwas her. Diesmal nicht die trotzkistische IKL, sondern die trübe „rot“-braune Jugendorganisation in Odessa und Nikolajew, die verfolgt wird, weil sie unter anderem den Sturz der existierenden Ordnung plane. Die elf russischen und ukrainischen Bürger, die im Dezember 2002 zusammengetrieben wurden, sind solch grausamen Foltern unterzogen worden, dass vier von ihnen versuchten sich umzubringen und einer an seinen Verletzungen im November 2003 starb. Doch Vernik und seinesgleichen war es möglich, ungestraft mehr als 12 Jahre lang direkt unter den Augen des bürgerlichen Staates zu operieren. Was erklärt das? Entweder ist die *Politik* des Kiewer CWI gegenüber dem ukrainischen bürgerlichen Staat so sanft wie Peter Taaffes Aufruf zur Kontrolle der Polizei durch „demokratische Komitees“ in London, und/oder ihre Politik und ihre Praktiken sind dafür bekannt, in vielerlei Hinsicht betrügerisch zu sein.

Die zum Vorschein gekommene Korruption der ukrainischen und russischen Gruppe der Taaffe-Anhänger ist ein vernichtendes Armutszeugnis über das wirkliche Programm hinter ihrer orthodox klingenden Phrasendrescherei. Der Zynismus der Kiewer Schwindler ist nicht einfach vom Himmel gefallen. Er wurde genährt durch das Streben des CWI nach einer imperialistisch gestützten „demokratischen“ Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion. Er ist ebenso ein Produkt des systematischen Ausverkaufs von Trotzkismus durch das CWI, wie es auch ihre Beschwichtigung gegenüber offen faschistischen Elementen wie der russischen National-Bolschewistischen Partei und der ukrainischen Bratswo ist. Die Anbiederung der Taaffe-Anhänger an die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution im Lande der Oktoberrevolution zu entlarven gehört zum Kampf der Internationalen Kommunistischen Liga, Troztkis Vierte Internationale wiederzuschmieden.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 828, 11. Juni 2004



DEUTSCHE AUSGABE HERBST 1994

Bestell Spartacist!

(deutsche Ausgabe)

Stalinismus – Totengräber der Revolution
Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde
Für sozialistische Revolution, um Jelzins Konterrevolution wegzufegen!

Pseudo-Trotzkisten zur Ukraine	18
Warum sie Troztki mißbrauchen	17
Über Troztkis Eintreten für eine unabhängige Sowjet-Ukraine	17
IKL-Diskussion über Osteuropa und die Sowjetunion über den Zusammenbruch der Herrschaft der Stalinisten in Osteuropa von Joseph Seymour	26
Für marxistische Klarheit und eine vorwärts gerichtete Perspektive von Albert St. John	40
USA: Weg mit der rassistischen Todesstrafe! Tötet Mumia Abu-Jamal!	48

Zentrale Schriften von Troztki zum ersten Mal auf Russisch erschienen
Die Kommunistische Internationale nach Lenin ... 25

Nr. 16
Herbst 1994
48 Seiten

€ 1,-

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Irak...

Fortsetzung von Seite 1

händeringend zu beweisen, dass sie im Irak so etwas wie Kontrolle ausübt. Diese arrogante kriegsbesessene Regierung hat sogar ihre irrsinnigen fremdenfeindlichen Ausfälle gegen die Franzosen wie die „Freiheits“fritten [anstatt „French fries“ für Pommes frites] von gestern fallen gelassen, während sich Bush mit gesenkten Augen ins „alte“ Europa begab auf der Suche nach Unterstützung zur Wahrung seines Gesichtes im Irak. Nachdem Deutschland, Russland und Frankreich Konzessionen hinsichtlich mehr UN-Einfluss im Irak von Bush erhalten hatten – der in den Kernfragen der wirklichen Machtkontrolle über Militär- und Wirtschaftsfragen nicht nachgab –, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Damit gaben sie dem US-Imperialismus ein dringend benötigtes „demokratisches“ Feigenblatt für die koloniale Besatzung. Währenddessen übt jetzt der deutsche Imperialismus, unterstützt vom französischen, Druck aus, um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat als Ausdruck seines gewachsenen weltweiten Gewichts zu bekommen.

Die „Massenvernichtungswaffen“, die angeblich der Kriegsgrund waren, sind nicht aufgetaucht, aus dem einfachen Grunde, weil es sie nicht gibt. Bush versucht nun eifrig die Verantwortung abzuschieben. Einige aus dem Klüngel des Präsidenten beschuldigen Ahmad Tschalabi, sie hinters Licht geführt zu haben. Obwohl der Unterschlagung von Geldern in Jordanien überführt, erhielt Tschalabi von den Bush- und Clinton-Regierungen Millionen für Dienste, die er als ihr irakischer Strohhalm geleistet hat. Am 20. Mai wurde seine Villa im Irak unter Anschuldigungen, er sei ein iranischer Spion, gestürmt und verwüstet.

Sechs Tage später fühlte sich die *New York Times* dazu genötigt, endlich zuzugeben, dass ihre Artikel, die Geschichten über Husseins angebliches Waffenarsenal verbreiteten, nicht so „präzise gewesen waren, wie es notwendig gewesen wäre“. Die *Times* entlastete die Bush-Regierung und schob die unwahren Geschichten in ihrer Zeitung „zumindest teilweise auf Informationen aus einem Kreis irakischer Informanten, Überläufer und Exilanten, die auf einen ‚Regimewechsel‘ im Irak aus waren“, und jammerte, sie sei „zusammen mit der Regierung hereingelegt worden“. Jetzt ist CIA-Chef George Tenet, dem die Rolle eines Prügelknaben zugewiesen wurde, inmitten eines Sperrfeuers von Kritik an manipulierten „Nachrichten“ und Gegenbeschuldigungen wegen der Anschläge vom 11. September zurückgetreten.

Im Irak selbst hat das US-Militär weit verbreiteten Widerstand gegen seine brutale Besatzung entfacht. In der Hoffnung, das größtenteils sunnitische Falludscha zu befrieden, holten die Vereinigten Staaten einen ehemaligen General von Husseins Militär aus der Versenkung hervor und machten ihn zum Kommandeur der dortigen irakischen Marionettenstreitkräfte. Und jüngst haben sich die Amerikaner händeringend um einen Deal mit den schiitischen Streitkräften unter dem Geistlichen Muktada al-Sadr in Nadschaf bemüht. Über 800 amerikanische Soldaten sind im Irak ums Leben gekommen, die überwiegende Mehrzahl davon, seit die US-Regierung den militärischen Sieg erklärte. Weil die US-Streitkräfte im Irak bis zum Zerreißen angespannt sind, kündigte das Militär an, dass in Einheiten, die für den Einsatz im Irak oder in Afghanistan vorgesehen sind, keine Quittierung des Dienstes mehr angenommen wird, selbst



Michael Kappeler/DDP/AFP

Bundeswehrbesatzungstruppen auf dem Balkan, hier vor ausgebrannter orthodoxer Kirche in Prizren im Kosovo

dann nicht, wenn die Zeit der Dienstverpflichtung abgelaufen ist. Dies trug noch weiter zu der ohnehin schon wachsenden Unzufriedenheit vieler Soldaten und ihrer Familien bei. Jetzt hat die Regierung angekündigt, dass sie diesen Sommer 3600 Soldaten aus Südkorea in den Irak verlegen wird.

Jetzt, wo ihre verrückten Visionen von der Errichtung eines gefügigen, stabilen Irak in Scherben liegen, beginnen selbst die Hauptarchitekten der Invasion einzuräumen, dass möglicherweise nicht alles ganz nach Plan verlaufen ist. Wie US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zuzugeben gezwungen war: „Wenn Sie mir vor einem Jahr gesagt hätten: ‚Beschreiben Sie die Lage, in der Sie heute, ein Jahr später, sein werden‘, so kenne ich nicht viele Leute – ich bin jedenfalls keiner davon –, die die Lage so beschrieben hätten, wie sie sich heute darstellt“ (*Nation*, 17. Mai). Der bekannte neokonservative Ideologe der Bushleute, William Kristol, erklärt, dass Bush „uns in einen Graben gefahren hat“ (*Nation*, 7. Juni). Dies fällt unter die Rubrik von Ratten, die das sinkende Schiff verlassen. Schließlich haben Kristol und Konsorten Bush den Fahrplan in den Graben verschafft.

Im Irakkrieg bezog die Internationale Kommunistische Liga eine klare Seite für die militärische Verteidigung des Irak gegen den US-Imperialismus, ohne Saddam Hussein die geringste politische Unterstützung zu geben. Heute haben wir eine Seite gegen die US-Besatzung. Wir verteidigen die Völker des Irak gegen jeden Angriff und jede Unterdrückung durch die USA, ihre Alliierten oder ihre irakischen Lakaien. Insofern Kräfte vor Ort im Irak ihre Schläge gegen die imperialistischen Besatzer richten, rufen wir zu ihrer militärischen Verteidigung gegen den US-Imperialismus auf, ohne auch nur die geringste politische Unterstützung den reaktionären Klerikern zu geben, die einen Großteil des Widerstandes zu führen scheinen. Jeder Schlag gegen die USA und ihre schwindende „Koalition der Willigen“ ist objektiv im Interesse der Arbeiter weltweit. Gleichzeitig stehen wir unnachgiebig gegen jegliche Gewalt, die seitens der reaktionären Kleriker und der Reste des Baath-Regimes gegen andere Volksgruppen im Irak ausgeübt wird. Die entscheidende Kraft, die politisch mobilisiert werden muss, um einen Schlag gegen die US-Besatzung des Iraks zu führen, ist das multirassische Proletariat in den USA. **USA, Alliierte – Raus aus dem Irak! Keine UN/NATO-Truppen in den Irak!**

Die Opposition des deutschen und französischen Imperialismus zum US-Krieg im Irak erfolgte aus ihren eigenen imperialistischen Gründen heraus: Eine ausgeweitete US-

Fortgesetzt auf Seite 20

Irak...

Fortsetzung von Seite 19

Militärpräsenz in der Nahost-Region, wo die größten bekannten Ölreserven der Welt liegen, ist ihren vitalen wirtschaftlichen und politischen Interessen entgegengesetzt. Dazu kommt, dass die Demonstration der überwältigenden militärischen US-Macht nicht nur das Regime Iraks und anderer Länder der „Dritten Welt“ in „Furcht und Schrecken“ versetzt sollte, sondern in erster Linie die imperialistischen Rivalen der USA. Wir betonten bei unseren Interventionen in die Antikriegsproteste die Notwendigkeit der unnachgiebigen Opposition zum „eigenen“ deutschen Imperialismus, der nicht „friedliebender“ oder besser als sein US-Rivale ist. Vielmehr ist die deutsche Bourgeoisie momentan deshalb gezwungen, mit „friedlichen“ Mitteln ihre Interessen gegenüber den USA zu vertreten, weil sie dem US-Imperialismus qualitativ militärisch unterlegen ist. Tatsächlich hat die gleiche SPD/Grünen-Regierung, die sich zynisch als friedliebend über den Irakkrieg verkaufte, 1999 mit der Beteiligung an der Bombardierung Serbiens den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr seit Ende des Zweiten Weltkriegs durchgesetzt. Heute ist die imperialistische Bundeswehr in Kolonialeinsätzen auf dem Balkan und verteidigt auch am Hindukusch in Afghanistan „deutsche Interessen“ (womit sie übrigens wichtige militärische Kräfte der USA freisetzt, die diese im Irak benutzen können). Wir erhoben deshalb als zentrale Forderung bei unseren Interventionen in die Antikriegsproteste: **Bundeswehr raus aus dem Balkan, Afghanistan und Nahost!**

Momentan wird der Widerstand im Irak hauptsächlich von Stammesführern oder religiösen Führern der arabischen Sunniten und Schiiten organisiert. Diese Leute haben nicht das geringste Bestreben, die bestehenden sozialen Beziehungen zu stürzen, vielmehr sind sie oft von islamischem Fundamentalismus inspiriert. Wenn es keine Besetzung gäbe, würden sie daher versuchen, sowohl sich gegenseitig als auch den kurdischen Norden zu dominieren. Die Kurden als Volk bilden eine Nation, die sich auf Gebiete Irans, Syriens, der Türkei und auch des Iraks erstreckt und deren Bestreben nach nationaler Selbstbestimmung gerecht ist. Die IKL tritt für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan ein. Viele irakische Kurden stehen der amerikanischen Besetzung wohlwollend als einem Garanten gegen eine arabische Wiedereroberung gegenüber. Diese Haltung hat sich auch unter den Kurden in Syrien verbreitet, die vor kurzem bei Protesten Staatsbürgerrechte forderten, wobei viele Demonstranten proamerikanische Losungen riefen. Das syrische Regime antwortete mit mörderischer Gewalt und

tötete mindestens elf Kurden.

Heute ist das Recht der Kurden auf nationale Selbstbestimmung im Irak – und nur im Irak – entscheidend der Frage der kolonialen Besetzung in dem Sinne untergeordnet, dass die kurdischen politischen Parteien und ihre militärischen Arme integraler Bestandteil des Besatzungsregimes sind. Der Kampf für kurdische Unabhängigkeit kann nur durch unnachgiebige Opposition zur Besetzung vorankommen. Dies bedeutet notwendigerweise Konfrontation mit der kurdisch-nationalistischen Führung der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) und der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP), die mit dem US-Imperialismus kollaborieren. Geschichtlich hat es den Kurden nie etwas Gutes gebracht, wenn ihre Führer an die Imperialisten ausverkauften. Die USA stehen entschieden gegen selbst den geringsten Anschein von Selbstbestimmung für das kurdische Volk. Die imperialistische Aufteilung von Kurdistan hat nicht nur zur Zerstückelung der kurdischen Nation geführt, sondern hat auch die neokolonialen Staaten geschwächt, die ein Stück dieser Beute bekamen. Und Washington hat die Absicht, es so zu belassen.

Die amerikanische koloniale Besetzung hat die Streitigkeiten zwischen den unterschiedlichen Völkern und Stämmen verschlimmert und entflammt und wird das auch weiterhin tun. Sie kann nur zu mörderischen Konflikten und Blutvergießen führen. Kurdische Selbstbestimmung kann nur durch eine Arbeiterrevolution, die alle vier kapitalistischen Regime stürzt, erreicht werden. Eine solche Revolution kann nur von internationalistischen trotzkistischen Arbeiterparteien geführt werden. Dieser Kampf für die Emanzipation aller Völker der Region ist eine Anwendung von Trotzki's Theorie der permanenten Revolution, die klar macht, dass in Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung eine wirkliche nationale Befreiung und andere grundlegende demokratische Rechte nur durch eine siegreiche sozialistische Arbeiterrevolution erreicht werden kann.

Die „Demokratische Partei“ steht für Rassismus und Krieg!

Die Besetzung des Irak bringt die Bush-Regierung in ernstliche Schwierigkeiten, ein potenzieller Vorteil für die Wahlkampfgeschicke der Demokraten. Genau darauf sind die Liberalen offensichtlich aus, mit ihrer „Jeder-außer-Bush“-Kampagne. Doch ist es Tatsache, dass die Demokratische Partei seit jeher in den Vereinigten Staaten die Partei des Krieges war, von zwei Weltkriegen, Korea und Vietnam bis zu den militärischen Interventionen in Haiti, Somalia und auf dem Balkan unter Clinton. Aufgrund weit verbreiteter Illusionen, die Demokraten würden die Interessen der Werktätigen und Unterdrückten vertreten, sind sie besser als die Republikaner in der Lage, der amerikanischen Bevölkerung die militärischen Abenteuer des US-Imperialismus zu verkaufen.

Der Iraq Liberation Act [„Gesetz zur Befreiung des Irak“], der 1998 fast einstimmig vom Kongress angenommen wurde und die Grundlage für eine offizielle US-Politik mit dem Ziel eines „Regimewechsels“ legte, war genauso das Produkt der Clinton-Jahre wie die Anschuldigungen, dass das Hussein-Regime Arsenale an „Massenvernichtungswaffen“ aufbaue. Heute argumentiert der Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei John Kerry einfach damit, dass die Demokraten die Besetzung in einer viel „verantwortungsvolleren“ Art ausführen würden und sich dabei um mehr Unterstützung von anderen imperialistischen Mächten und auch der UNO kümmern und auch mehr Truppen in den Irak entsenden würden. In einer Ansprache an der Universität in Los Angeles am 27. Februar erklärte Kerry: „Und um unser überdehntes Militär aufzufüllen, werde ich die aktiv im Dienst stehenden Armeetruppen um

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,-
11 Ausgaben € 12,50

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

WORKERS VANGUARD

For Class Struggle Against Capitalist Rulers at Home!

Down With the Colonial Occupation of Iraq!

U.S. Out Now!



Trotskyism and Anarchism
in the Spanish Civil War

SEE PAGE FOUR

40000 Mann verstärken, eine vorläufige Erhöhung, die wahrscheinlich bis zum Ende des Jahrzehnts bleiben wird.“ All dies ist kaum überraschend; Kerry stimmte für den Krieg wie auch für die Hauptbestimmungen des „Kriegs gegen den Terror“. Ja, die Demokraten beschwerten sich sogar, dass Bush ungenügende Mittel für die innere „Sicherheit“ zur Verfügung stellt, d.h. rassistische Massenverhaftungen, Spitzelwesen und andere Repressionsmaßnahmen, die vor allem gegen die Arbeiterschaft, Schwarze und Immigranten gerichtet sind.

Die Kerry-Unterstützer bei der *Nation* machen sich Sorgen, die Antikriegsstimmung könnte sich zugunsten des unbedeutenderen kapitalistischen Politikers Ralph Nader auswirken. Dieses Sprachrohr des amerikanischen Liberalismus beklagt, dass Nader mit seiner offenen Kritik an der Besetzung in den Meinungsumfragen nach oben geschossen ist, während Kerrys Zahlen gleich geblieben sind. In den USA ruft die Socialist Alternative (SALT), US-Schwesterorganisation der Sozialistischen Alternative Voran (SAV) zur Wahl von Nader auf. Die SAV begründet dies wie folgt: „Selbst wenn Nader weniger Stimmen als bei der Wahl 2000 bekommt: jede Stimme für Nader verkörpert den Protest gegen Armut, Sexismus, Rassismus, Krieg und soziale Ungerechtigkeit“ (*Solidarität*, Mai 2004). Das ist ein Alibi für Naders pro-imperialistisches, rein bürgerlich-liberales Programm. Er argumentiert, dass der US-Imperialismus am besten seine Interessen dadurch vertreten kann, dass sich die Vereinigten Staaten „schnellstmöglich“ – also nicht sofort und bedingungslos – zurückziehen und die imperialistische Besetzung durch UN-Truppen übernommen wird, um der Kolonialbesetzung einen besseren Anstrich von „Menschenrechten“ zu verleihen. Die UNO hat seit langem den Verwüstungen des Imperialismus, vor allem des amerikanischen, ein „humanitäres“ Deckmäntelchen verliehen, auch während des ersten Golfkrieges und während der über zehn Jahre andauernden Verhängung von Sanktionen, die im Irak das Leben von mehr als 1,5 Millionen Menschen gefordert haben.

Marxisten versuchen, dem Kampf gegen die imperialistische Besetzung eine proletarische Achse zu verschaffen. Doch von der Zerschlagung der Irakischen Kommunistischen Partei durch die Baathisten im Bündnis mit dem US-Imperialismus im Gefolge der revolutionären Situation von 1958 bis zu den von der UNO verhängten Sanktionen wurde die Arbeiterbewegung im Irak ausgeblutet und ist jetzt durch Krieg und Besetzung dezimiert. Die Arbeitslosigkeit im Irak liegt bei etwa 70 Prozent. Sollte ein wieder auflebendes irakisches Proletariat einen politisch unabhängigen Kampf gegen die Besetzung des Irak führen, so wird es sich wahrscheinlich einer Einheitsfront aus amerikanischem Imperialismus und islamischem Fundamentalismus gegenüber sehen – ganz wie die Allianz gegen die Intervention der sowjetischen Roten Armee in Afghanistan in den 80er-Jahren. Denn als ehemalige Verbündete des US-Imperialismus im Kampf gegen den „gottlosen Kommunismus“ bringen die islamischen Fundamentalisten nun lediglich ihre Wut darüber zum Ausdruck, dass sich die Vereinigten Staaten der gesamten Beute bemächtigt und ihnen so die Möglichkeit genommen haben, ihre „eigenen“ Massen zu unterdrücken, zu foltern und auszuplündern.

Dies unterstreicht die dringende Notwendigkeit von internationalen Klassenkampfaktionen gegen die Besetzung. Marxisten suchen die unterdrückten Massen hinter der Macht des Proletariats im Kampf zu mobilisieren, indem sie Arbeitermobilisierungen (Streiks, Boykott militärischer Güter usw.) im Dienste einer revolutionären Perspektive sowohl gegen die imperialistischen Besatzungstruppen wie auch deren irakische Lakaien anwenden. Jede andere Strategie lehnen wir als politisch unvereinbar mit unseren prole-



CNN

Donald Rumsfeld 1983 mit Saddam Hussein – einst nützliche Marionette, dann fallen gelassen

tarischen Zielen ab.

Es ist im unmittelbaren Interesse des US-Proletariats, sich dem US-Imperialismus zu widersetzen – dieselbe herrschende Klasse, die den Irak besetzt und vergewaltigt, besetzt auch zu Hause mit ihren brutalen Bullen die Ghettos und Barrios, zerschlägt die Gewerkschaften, treibt die Löhne nach unten, verhaftet massenweise Immigranten und höhlt die demokratischen Rechte eines jeden aus. Doch die Gewerkschaftsbürokratie vernebelt dieses Verständnis durch ihre Treue zur Demokratischen Partei, die dazu dient, Arbeiterkämpfe im Zaum zu halten und die Arbeiterklasse an ihren Klassenfeind zu fesseln. „Progressive“ Führer der ILWU-Hafenarbeitergewerkschaft zum Beispiel mobilisieren doppelt so viele Gewerkschaftsorganisatoren, um Wahlstimmen für Kerry zu sammeln, wie sie dafür mobilisierten, um Arbeiterunterstützung für die ILWU zu aktivieren, als sie im letzten Jahr ausgesperrt wurde.

Die Arbeiterklasse braucht eine politische Partei, die für ihre Klasseninteressen kämpft. Sie braucht eine Partei, die gegen die kapitalistische Ordnung kämpft, die heute die Ursache von Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg ist. Wir Spartakisten kämpfen darum, die Arbeiterklasse von der Notwendigkeit des Kampfes zur Schmiedung einer revolutionären Partei zu überzeugen, die dazu imstande ist, durch eine siegreiche sozialistische Revolution mit dem Kapitalismus Schluss zu machen. ■

Erhältlich in Türkisch



IKL-Erklärung
Verteidigt Irak gegen Angriff von USA und verbündeten Imperialisten!
Nieder mit der UN-Hungerblockade!

herausgegeben: 23. Oktober 2002
 € 0,20

Ebenfalls in Türkisch erhältlich:
Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms der IKL

angenommen 1998 bei der III. Internationalen Konferenz der IKL

€ 1,-

Zu beziehen über die Kontaktadresse

SAV Rostock...

Fortsetzung von Seite 28

Wahlunterstützung akzeptieren würden. In einem klassischen Beispiel für Sektierertum weigerten sich die Führer der SAV, eine offizielle Antwort auf unseren Vorschlag zu geben, stellten uns ihr Wahlkampfmaterial nicht zum Verteilen zur Verfügung und waren nicht bereit, unsere finanzielle Unterstützung für ihren Wahlkampf zu akzeptieren. SAV-Führer in Rostock legten auf, wenn wir anriefen, versuchten ihre öffentlichen Veranstaltungen abzusagen, wenn wir dort waren, und drohten uns, ja nicht zu ihrer Wahlfeier zu kommen. Trotzdem machten Spartakist-Unterstützer drei Reisen nach Rostock. Wir verteilten bis zu 1000 unserer Flugblätter im Zentrum Rostocks und hatten Plakate „Wählt SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag! Keine Stimme für SPD und PDS!“ und „Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!“ Wir argumentierten, dass die Arbeiterklasse eine unabhängige Kandidatur gegen die Agenda 2010 braucht, die links in Opposition zu SPD und PDS steht. Auch wenn wir einige antikommunistische und rassistische Bemerkungen abbekamen, waren viele doch erfreut darüber, dass es eine Organisation gibt, die verspricht gegen die von SPD/PDS geführten Angriffe in Rostock zu kämpfen. Eine Frau, die wir davon überzeugten, SAV zu wählen, hatte 40 Jahre als Buchhalterin gearbeitet. Nächstes Jahr wird sie Sozialhilfe beantragen müssen. Es ist nicht überraschend, dass diejenigen, die wir überzeugten, direkt von Agenda 2010 und den Hartz-Reformen betroffen sind.

Um ihre sektiererische Politik zu verteidigen, sagte SAV-Redakteur Stephan Kimmeler einer Unterstützerin von uns, die bei einer Vivantes-Betriebsversammlung *Spartakist* verkaufte, dass sie dagegen entschieden haben, unsere Unterstützung zu akzeptieren, da die Unterstützung von einer Gruppe, „die Leute verteidigt, die Kinder missbrauchen, nur ihrer Kampagne schaden“ könne. Er verwies auf unseren Artikel zur Verteidigung von Michael Jackson gegen eine von der US-Regierung getragene rassistische Anti-Sex-Hexenjagd. Obgleich dies ein offensichtlicher Versuch war, sich nicht mit unserer politischen Kritik in unserem Flugblatt auseinanderzusetzen, ist es eine bekannte Charakteristik der SAV, sich rückstündigem Bewusstsein der Arbeiterklasse anzupassen. Dies ist diametral entgegengesetzt zu Lenins Konzeption einer Avantgardepartei, die jeden Ausdruck von Vorurteil und Chauvinismus nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch gerade in der Arbeiterbewegung bekämpft. Unser Artikel „Stoppt die Hexenjagd gegen Michael Jackson!“ (siehe *Spartakist* Nr. 154, Frühjahr 2004) beweist im Detail Jacksons Unschuld gegenüber den Anklagen von „Kindesmissbrauch“ und stellt solche Anklagen auch in einen historischen Zusammenhang, mit dem berühmtesten Fall von Oscar Wilde, der 1895 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde aufgrund von Vorwürfen, er sei homosexuell und würde „die Moral der Jugend verderben“. Kimmeler gab zu, dass er den Artikel noch nicht einmal gelesen hatte, sondern nur davon gehört hatte, dass eine Unterstützerin von uns in ihrer Diskussion über die Frauenfrage bei den Sozialismus-Tagen darüber gesprochen hat (siehe Kasten). Ein anderer SAV-Unterstützer fragte, weshalb wir solche reiche Leute wie Michael Jackson verteidigen. Mit dieser Position hätten sie nicht Oscar Wilde verteidigen können. Und was ist mit Oswald Kollé, dem deutschen Wegbereiter für die „sexuelle Revolution“ in den 60er-Jahren? Er wurde verhaftet, weil er seiner Tochter erlaubt hatte, mit ihrem Freund in ihrem Zimmer zu schlafen. Er hatte das Glück, einen guten Anwalt zu haben. Steht die SAV an der Seite des Staates und der Kirchen in ihrem Kampf, das sexuelle Leben der Jugendlichen zu überwachen?

Unsere jahrzehntelange Position für das Recht auf Sex

im *tatsächlichen Einverständnis* bedeutet gegenseitige Übereinstimmung und Bewusstsein über das Handeln bei allen Beteiligten, im Gegensatz zum Handeln unter Zwang. Dies steht im Gegensatz zu den willkürlichen kapitalistischen Gesetzen, die auf dem jüdisch-christlichen Konzept der Sünde basieren. Als Marxisten weisen wir alle Gesetze zurück, die einverständlichen Sex zwischen Jugendlichen, ob mit oder ohne erwachsene Partner, kriminalisieren. **Nieder mit den reaktionären Gesetzen, die auf tatsächlichem Einverständnis basierenden Sex unter Strafe stellen! Nieder mit der reaktionären EU-„Anti-Pädophile“-Kampagne! Polizei raus aus den Schlafzimmern!**

Reaktionäre Kampagnen und Gesetze gegen „Pädophile“ unterscheiden absichtlich nicht zwischen wirklichen Verbrechen – wie brutaler Entführung, Vergewaltigung und Mord an jungen Mädchen wie im Fall von Marc Dutroux, der vor kurzem in Belgien verurteilt wurde – und freiwilligen sexuellen Beziehungen, auch mit Jugendlichen. Solche Gesetze sind nicht dazu da, Kinder zu schützen, sondern die repressive Institution der Familie aufzubauen und zu glorifizieren, die die wesentliche Quelle der besonderen Unterdrückung von Frauen und Kindern im Kapitalismus ist.

Die britische Schwesterorganisation der SAV, die Socialist Party, hieß das „Pädophilen-Register“ des Staates tatsächlich *gut*, das 1997 von Blairs Labour Party eingeführt wurde, kurz nachdem Labour an die Macht gekommen war. Weiterhin *beklagte* sie Kürzungen im repressiven Bewährungssystem und bei den Gefängnissen (*Socialism Today*, September 2000). Das so genannte „Pädophilen-Register“ ist eine Polizeidei all jener, die auch *nur verdächtigt* werden, sexuelle Straftaten begangen zu haben. Unter das Gesetz über „sexuelle Straftaten“ aus dem Jahr 2003 kann auch „sexuelle Berührung“ fallen, wenn einer oder beide Teilnehmer unter 16 sind, und kann mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft werden! Und sogar mit noch mehr, wenn einer der Beteiligten über 18 Jahre alt ist.

Die SAV polemisiert gegen bürgerliche Feministinnen, die den bürgerlichen Staat dazu aufrufen, gegen Pornografie vorzugehen. Stattdessen ruft sie selbst nach Gewerkschaftskontrolle, um Pornografie abzuschaffen: „Wenn die Gewerkschaften einen Kampf gegen Pornografie führen würden, könnten sie zum Beispiel DruckerInnen dazu aufrufen, pornografische Bilder/Zeitschriften nicht herzustellen“ (*Frauen für Sozialismus – Gleichberechtigung erkämpfen: das sozialistische Frauenprogramm der SAV*). Wir sagen, die Gewerkschaften sollten mobilisiert werden *gegen* die von den Kirchen inspirierten Kampagnen und Gesetze gegen Pornografie, Abtreibung, Prostitution und Pädophile, die mit der Ideologie der „Familienwerte“ die Frauen zurück ins Haus treiben. Diese Kampagnen bedeuten die Zerstörung des Lebens von zahllosen Menschen, die keines anderen Verbrechens schuldig sind, als dass sie von den moralischen „Normen“ der herrschenden Klasse „abweichen“. Diese Menschen werden öffentlich gedemütigt und vor die Gerichte gezerrt usw. Erst im letzten Jahr führten Polizei und BGS eine Razzia durch, bei der 500 Durchsuchungen allein in Deutschland durchgeführt wurden. Diese Razzia war Teil der internationalen Anti-Kinderporno-Rasterfahndung „Operation Marcy“, bei der Zehntausende in das Fadenkreuz des Staates gerieten für nichts anderes, als sich Fotos im Internet anzusehen. **Nein zu Zensur! Regierung raus aus den Schlafzimmern!**

SAV-Führer behaupten auch, wir würden „ihre Position verfälschen“ mit unserer Behauptung, dass die Vorläuferorganisation der SAV, Voran, die Zerstörung der DDR unterstützt habe. Tatsächlich versucht die SAV sich von den offensichtlich diskreditiertesten Positionen, die sie 1989/90 veröffentlichte, zu distanzieren. Jetzt, wo sie die brutale und offensichtliche Zerstörung durch die kapitalistische Konterrevolution (von der DDR zur Sowjetunion) registrieren,

müssen sie es so darzustellen, als hätten sie dazu in Opposition gestanden. Robert Bechert vom Committee for a Workers International (CWI), zu dem die SAV gehört, behauptet in seinem Buch *Die gescheiterte Revolution – DDR 89–90*, dass laut Position des CWI „Deutschland nur auf sozialistischer Basis wiedervereint werden könnte“ und dass die westdeutsche Voran daher zu langsam realisierte, dass die DDR mit einer kapitalistischen Konterrevolution konfrontiert war, was die Voranführer dazu brachte, dass sie 1990 „öffentlich für die Wiedervereinigung argumentierten“. Wollte man dieser fadenscheinigen Abdeckung Glauben schenken, dann stellt sich die nächste Frage: *Auf welchem Planeten* waren die Voranler? Natürlich waren damals die lautstärksten Befürworter der Wiedervereinigung Kohl, die SPD und die Nazis, die „Deutschland einig Vaterland“ schrieten und die Leipziger Montagsdemos in ein Meer von Schwarz-Rot-Gold verwandelten. Voran *kapitulierte vor* der deutschnationalen Raserei und *schloss sich ihr an*: „Das deutsche Volk hat das gleiche Recht auf Selbstbestimmung wie jedes andere“ (Voran-Extrablatt, Februar 1990). Als wäre Deutschland eine vom Imperialismus unterdrückte Nation gewesen und nicht durch eine Klassenlinie gespalten. Dies geht einher mit ihrem jahrelangen Abtauchen in der antikommunistischen SPD (Voran nannte sich damals „Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften“). Die SPD war doch das trojanische Pferd der Konterrevolution, die mit ihrem ach so wunderbaren „Sozialstaat“ den Arbeitern der DDR das kapitalistische Elend als Lösung verkaufte. Nach der Zerstörung der DDR frisst jetzt die SPD ihr eigenes Kind, den „Sozialstaat“. So ist Kapitalismus.

Becherts Buch versucht der internationalen Führung des CWI einen Persilschein auszustellen und zu sagen, dass sie für die Unterstützung der kapitalistischen Restauration in der DDR durch ihre westdeutsche Sektion keine Verantwortung hat, was völliger Quatsch ist. Voran folgte dem Modell der britischen CWI-Gruppe, die sich selbst in der sozialdemokratischen, pro-kapitalistischen Labour Party vergrub. Und etwas über ein Jahr später stand das CWI auf Jelzins Barrikaden in Moskau und Leningrad, wieder für die „demokratische“ kapitalistische Konterrevolution (siehe auch „Schwindel in der Ukraine – CWI: Von Jelzins Barrikaden in den Augiasstall“, Seite 14)! Laut Bechert und der SAV arbeitete die ostdeutsche *Was tun!* mit dem CWI zusammen und hatte die „richtige Linie“. Aber nach seinen eigenen Angaben war *Was tun!* Anfang des Jahres 1990 „leider eine kleine Gruppe, die nicht in der Lage war eigene KandidatInnen bei den Volkskammerwahlen aufzustellen. Nach einigen Diskussionen kamen wir zu dem Schluß, daß es das Beste wäre, unsere Kampagne zu benutzen, um unsere Analyse der Ereignisse zu verbreiten und insbesondere konkrete Vorschläge zu machen, was nach den Wahlen getan wer-

Sozialismustage 2004: Spartakistin zur Frauenfrage

Bei den diesjährigen Sozialismustagen der SAV zu Pfingsten intervenierten wir bei den verschiedenen Veranstaltungen und diskutierten mit Teilnehmern darüber, wie man zum Sozialismus kommt. Nachfolgend drucken wir die Intervention unserer Genossin bei der Veranstaltung „Globalisierung & neuer Sexismus – wie wirkliche Gleichberechtigung erkämpfen?“ ab.

„Ich bin Steffi von den Spartakisten. Ich möchte etwas zum Referat sagen. Ich denke, du [die SAV-Referentin] hast Recht, wenn du sagst, dass sich die Situation von Frauen seit 1990 – wir nennen es Konterrevolution – massiv verschlechtert hat. In der damaligen DDR hatten fast alle Frauen einen Job, es gab Kindergartenplätze, es gab viele Frauen, die in klassischen Männerberufen gearbeitet haben. Gucken wir uns an, wie es heute ist. Viele Frauen werden von der kapitalistischen Gesellschaft aus dem Arbeitsleben getrieben. Sie bekommen weniger Lohn. Ich spreche aus Erfahrung, denn als Mechanikerin bekomme ich ein Drittel weniger Lohn als mein Arbeitskollege für die gleiche Arbeit. Wir Spartakisten haben damals die DDR gegen kapitalistische Konterrevolution verteidigt. Die SAV im Gegensatz stand auf der anderen Seite. Genauso steht ihr heute auf der anderen Seite in Bezug auf China. Guckt euch den Osten heute an und multipliziert das Elend mit zehn, dann habt ihr ungefähr die Auswirkung von Kapitalismus, wenn er in China siegen sollte. Wir verteidigen bedingungslos militärisch China und auch Kuba, Nordkorea und Vietnam gegen Imperialismus und innere Konterrevolution.“

Im Referat wurde lang und breit gegen Männer, die sich Pornos reinziehen, gehetzt und über Schönheitsoperationen, die Frauen angeblich nur machen, um den Männern zu gefallen. Ich denke, dass das ziemlich kleinbürgerlicher Moralismus ist. Der Feind sind doch nicht Männer, die sich Pornos reinziehen, sondern die Kapitalisten, die Chauvinismus gegen Frauen in die Arbeiterklasse bringen, um sie zu spalten. Bürgerliche Moral und das Predigen von Familienwerten liegen sehr nah beieinander. Wir sind der Meinung, dass jeder in seinem Schlafzimmer machen kann, was er will, solange alles im gegenseitigen Einverständnis passiert. Also konkret ist unsere Losung: Staat raus aus dem Schlafzimmer! Jeder kann mit Frau, Mann oder Kind Sex haben, solange die Beteiligten damit einverstanden sind. Wir verteidigen Pädophile gegen die Hetze vom bürgerlichen Staat. Und wir verteidigen Michael Jackson gegen die dreckige Hexenjagd.“

Diese Intervention wurde später als der Grund von der SAV-Führung in Berlin genannt, unsere Rostocker Wahlunterstützung abzulehnen (siehe Rückseitenartikel dieser Ausgabe).

den müsse.“

Wir nahmen an der Volkskammerwahl im März 1990 teil und waren *einzigartig* mit unserer zentralen Losung „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“ Doch unsere Wahlkampagne, mit der wir versuchten, der konterrevolutionären Offensive entgegenzutreten und die Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaates zu verteidigen, wurde von *Was tun!* und dem CWI einfach ignoriert – ausgerechnet von denen, deren Standardargument gegen uns darin besteht, dass wir angeblich nichts tun, und die sich selber dafür entschieden, ihre „Analyse der Ereignisse zu verbreiten“. *Was tun!* fand dann ihre Heimat als „Zeitung von Marxisten in PDS, AG Junge GenossInnen und Gewerkschaften“, *nachdem* die PDS sich der Offensive der westdeutschen Bourgeoisie gebeugt und mit grünem Licht von Gorbatschow die DDR ausgehändigt hatte. Seitdem unterstützt die SAV ständig die PDS als zweite Sozialdemokratie in Deutschland. So war ihre Opposition zu SPD und PDS in

Fortgesetzt auf Seite 24

SAV Rostock...

Fortsetzung von Seite 23

Rostock wahrlich etwas Neues!

Doch gibt es einen riesigen Unterschied, ob man gegen die sozialdemokratischen Massenparteien antritt oder für eine revolutionäre Spaltung von der *Sozialdemokratie*. Die Unterstützung der im Großen und Ganzen prinzipienfesten Kandidatur der SAV in Rostock durch uns leuchtend-rote Kommunisten musste der SAV-Führung das ungute Gefühl eingebracht haben, diese Kampagne könnte sie in den Augen sozialdemokratischer dissidenter Gewerkschaftsbürokraten diskreditieren. Denn die sozialdemokratischen Initiatoren der jetzt vereinigten „Wahlalternative“ machen bei jedem Auftritt klar, dass sie nichts zu tun haben wollen mit „linken Sektierern“ und auch nicht mit deren Gerede von „Sozialismus“ usw. Wie schon ein „inoffizieller“ Internetbericht über ein Treffen der Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit in München fantasierte: „Wenn es gelingt die DKP auszubremsen (so wie weitgehend gestern) und die (für mich überraschend wenigen) Vollspinner loszuwerden, könnte evtl. was daraus werden“ (*AsG-Rundbrief*, 3. Mai). Damit gemeint sind tatsächlich alle Linke, die ihren Kopf raus stecken, denn man will nach Möglichkeit selbst unzufriedene CDUler reinholen auf der Basis, den „Sozialstaat“ zu erhalten.

Die SAV ist trotz all ihrer Kritik an den Initiatoren der „Wahlalternative“ und trotz ihrer Argumente, dass diese ein sozialistisches Programm haben sollte, dennoch dagegen, eine Partei aufzubauen, die für eine Arbeiterrevolution kämpft, um den Sozialismus aufzubauen – eine leninistische Avantgardepartei. Arbeiter wenden sich entrüstet von der SPD und ihrer gegen die Arbeiterklasse gerichteten Politik der SPD/Grünen-Regierung ab. Die neue „Linkspartei“-Initiative ist ein Ausdruck davon. Aber die Arbeiterklasse braucht nicht noch eine Sozialdemokratie, die nur ein weiteres Hindernis zu revolutionärem Klassenbewusstsein wäre. Die Aufgabe ist es, die bewussten militanten Arbeiter – von denen viele auf Entwicklungen wie die „Linkspartei“ als Alternative hoffen – für ein revolutionäres Programm zu gewinnen. Das ist mehr als einfach ein Plan für militanten Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiter: Es heißt die Avantgarde der Arbeiterklasse dahin auszubilden, dass sie gegen jedwede Tyrannei und Erniedrigung reagiert, welche Klasse auch immer davon betroffen ist.

Der Kampf gegen den rassistischen Staatsterror, besonders den gegen Immigranten gerichteten „Krieg gegen Terror“, der sich letztendlich gegen die Arbeiterbewegung richtet, ist von strategischer Wichtigkeit in Deutschland. Während die „Wahlalternative“ am 20. Juni ihr erstes nationales Treffen hatte, demonstrierte eine Gruppe von Flüchtlingen aus Togo und Kamerun wenige Kilometer entfernt gegen ihre angedrohte Abschiebung in ihre Heimatländer, wo ihnen Verfolgung, Folter oder Schlimmeres drohen. Die Teilnehmer, die aus allen Teilen Deutschlands kamen – auch aus Mecklenburg-Vorpommern –, protestierten mit den wenigen Mitteln, die sie haben, nämlich einem Hungerstreik, und forderten einfach, nicht abgeschoben zu werden. Lenin beschrieb vor einhundert Jahren in *Was tun?* die Aufgabe revolutionärer Marxisten damit, „genügend umfassende, aufrüttelnde, rasche Enthüllungen all dieser Schandtaten zu organisieren“, so dass jeder Arbeiter versteht oder fühlt, „daß der Student und der Sektenanhänger, der Bauer und der Schriftsteller von derselben finsternen Macht verhöhnt und mißhandelt werden, die ihn selber auf Schritt und Tritt unterdrückt“. Die Kampagne der SAV/Liste gegen Sozialkahltschlag in Rostock sprach sich klar gegen Abschiebungen aus und forderte gleiche Rechte für alle, die hier leben. Dies war wichtig und wurde von uns hervorgehoben, als wir unse-

re Unterstützung für ihre Kandidatur erklärten. Damit diese Forderungen etwas mehr sind als einfach nette Worte auf dem Papier, müssen Unterstützer der SAV-Kampagne fordern, dass die SAV im Rostocker Stadtrat entsprechend agiert und diesen als eine Plattform benutzt, um die schändlichen Abschiebungen nach Togo und Kamerun aufzudecken und dagegen zu protestieren. *Keine Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben! Für eine leninistische Partei als Tribun aller Unterdrückten!*

Nachfolgend drucken wir das Flugblatt vom 27. Mai ab, in dem wir der SAV/Liste gegen Sozialkahltschlag für die Wahlen in Rostock unsere kritische Unterstützung anbieten.

Kommunalwahlen in Rostock:

Wählt SAV/Liste gegen Sozialkahltschlag!

Keine Stimme für SPD und PDS!

Wir Spartakisten rufen für die Kommunalwahlen in Rostock dazu auf: *Wählt SAV/Liste gegen Sozialkahltschlag! Keine Stimme für SPD und PDS!* Die SAV kandidiert in den wichtigen Fragen dieser Wahl als unabhängige proletarische Alternative zu den bürgerlichen Arbeiterparteien PDS und SPD. Sie richtet ihre Wahlkampagne auf die wirklichen Bedürfnisse von Arbeitern, Flüchtlingen, Linken und auch zum Teil von Immigranten aus und zieht eine grobe Klassenlinie. Ein Erfolg der SAV/Liste gegen Sozialkahltschlag liegt im Interesse aller Rostocker Arbeiter, Linken, Arbeitslosen, Frauen, Immigranten und Flüchtlingen. So fordern sie zum Beispiel Arbeit und Ausbildung für alle und Kampf gegen Sozialabbau und Lohnraub. Sie fordern Wahlrecht und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen. Sie schreiben richtigerweise in ihrer Wahlerklärung: „Egal ob in Rostock, MV oder Berlin – überall, wo die PDS in der Regierungsverantwortung ist, trägt sie Kürzungen und Stellenabbau mit.“ Und gegenüber der PDS sagen sie: „Die PDS ist keine sozialistische Opposition.“

Die Kandidatur der SAV in Rostock unterscheidet sich in einem zentral wichtigen Punkt von ihrer Kandidatur in Hamburg im Februar. In Rostock zieht sie eine Klassenlinie zwischen Bourgeoisie und Proletariat und gibt Arbeitern die Möglichkeit, eine Stimme in ihrem eigenen Klasseninteresse abzugeben. Deshalb ist sie bei aller Kritik unterstützenswert. In Hamburg dagegen kandidierte die SAV zusammen mit der PDS und der kleinbürgerlichen Formation der Ex-Grünen von Regenbogen und ordnete sich Regenbogens arbeiterfeindlichem Programm unter. Das Paktieren mit kleinbürgerlichen oder sogar bürgerlichen Formationen ist ein Markenzeichen der SAV international. Bei den Wahlen in den USA rufen sie dazu auf, den bürgerlichen Politiker Ralph Nader zu wählen, der absolut gar nichts mit der Arbeiterklasse am Hut hat. In Nigeria sind sie Mitglied der rein bürgerlichen National Conscience Party (NCP). Tatsächlich lähmt eine solche „Breite“, die durch prinzipienloses Paktieren mit arbeiterfeindlichen Kräften erreicht wird, den Klassenkampf.

Rostock ist eine Stadt, die von der kapitalistischen Konterrevolution verwüstet wurde, die vor 14 Jahren den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat DDR zerstört hat. Die SAV-Wahlerklärung skizziert die desolate soziale Lage: „In Rostock gehen die Lichter aus...“ Die Massenarbeitslosigkeit beträgt offiziell 18,6 Prozent, die Zukunft verspricht den Werktätigen noch mehr Entlassungen, soziale Angriffe und tiefere Armut und Erniedrigung. Und viele der SAV-Kandidaten sind selbst davon betroffen. Wer trägt die Verantwortung für die kapitalistische Wiedervereinigung

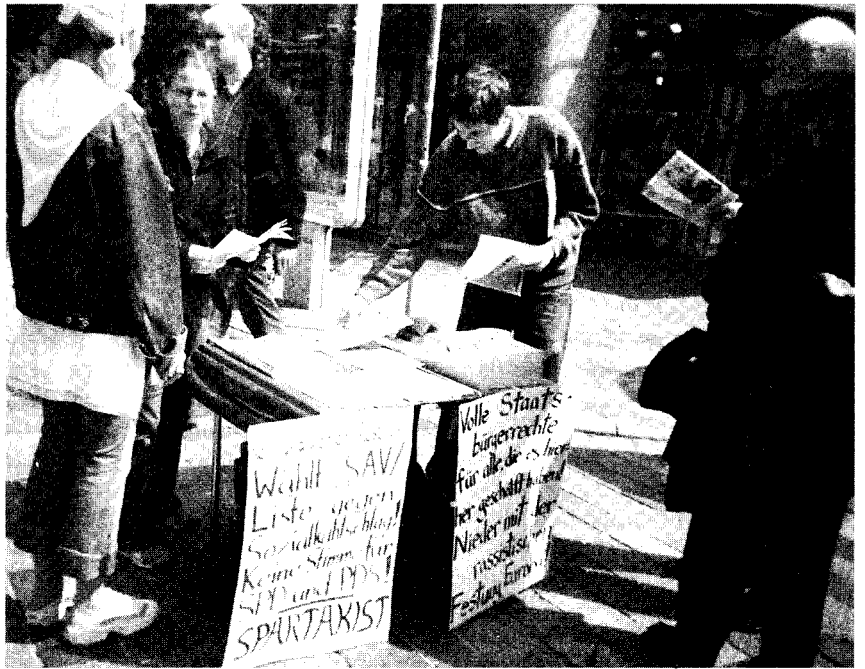
1990? Die SPD trieb die Konterrevolution im Osten voran, während sie in Westdeutschland versuchte Klassenkampf zu verhindern.

Die SED-PDS versuchte die unabhängige proletarische Mobilisierung im Osten zu verhindern und schloss sich dann dem damaligen sowjetischen Präsidenten Gorbatschow an, der Ende Januar 1990 grünes Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung gab. SED-PDS-Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, gab am 30. Januar die Regierungserklärung „Deutschland einig Vaterland“ heraus. In der DDR 1989/90 standen wir und die SAV auf entgegengesetzten Seiten der Barrikade. Wir kämpften für eine proletarisch-politische Revolution in der DDR, damit Arbeiterräte die Macht ergreifen. Wir sagten *Nein* zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Die SAV/CWI unterstützte die kapitalistische Konterrevolution, z. B. mit: „SPD in die Offensive!“

SAVler mögen argumentieren, dass dies nur ein Fehler der damaligen Führung gewesen wäre. Aber ihre heutige Haltung zur DDR entlarvt dies als Ausrede. Die Konterrevolution 1990 existiert nicht in der SAV-Wahlerklärung. Das einzige Mal, wo die SAV die DDR erwähnt, denunziert sie diese, sie sei ein „stalinistischer Staat“ gewesen. Das bedeutet nichts anderes, als den deformierten Arbeiterstaat DDR gleichzusetzen mit der stalinistischen Bürokratie, die ihn letztlich erstickte. Die Stalinisten waren eine parasitäre bürokratische Kaste, denen die Betriebe nicht gehörten, sie waren das Eigentum der Arbeiterklasse. Heute weigert sich die SAV, die deformierten Arbeiterstaaten China und Nordkorea gegen Kapitalismus zu verteidigen.

Die antikommunistische Anti-Stasi-Hexenjagd der 90er-Jahre diente der Zerschlagung der DDR-Industrie; jeder linke Widerstand gegen die Zerstörung von Abermillionen Arbeitsplätzen sollte erstickt werden. Die SAV verteidigte nicht einen einzigen gegen diese Hexenjagd! Wir verteidigten nicht nur einfache SED-Mitglieder oder Linke, die aus dem Weg geräumt werden sollten, weil sie nicht zu Kreuzen krochen. Wir verteidigten auch die Ex-DDR-Bürokraten, denn diese wurden von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt: Die Kapitalistenklasse klagte sie an, weil sie den Arbeiterstaat repräsentierten, der aus der Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Rote Armee entstanden war. Die SAV greift in ihrem Wahlprogramm in den sozialdemokratischen Schmutzkübel, wenn sie Lochotzke nicht als Kapitalisten, sondern als Ex-Stasi-Mitglied angreift. Wie gefährlich die antikommunistische Hexenjagd ist, zeigt die wiederaufgewärmte üble Kampagne gegen angebliche „DDR-Killerkommandos“ bei der (damals westdeutschen) DKP. Diese Kampagne soll die gesamte Linke einschüchtern. Wir rufen auf: Verteidigt die DKP!

Ist das Leben im sozial verwüsteten Rostock schlimm für die Bevölkerung im Allgemeinen, so ist es die Hölle für Flüchtlinge. Die Wahlerklärung der SAV fordert „Wahlrecht und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen“ und „keine Abschiebung von ausländischen Menschen in dieser Stadt und anderswo“. Auch das ist für uns ein wichtiger Grund, warum Arbeiter für die SAV/Liste stimmen sollten: Um für ihre eigenen Interessen kämpfen zu können, muss die Arbeiterklasse das rassistische Gift, das die Kapitalisten benutzen, um sie zu spalten, aktiv bekämpfen. Deshalb intervenieren wir bei Streiks oder sozialen Protesten zentral mit unserer Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten für alle Immigranten und gegen den rassistischen „Krieg gegen den Terror“, der sich zuerst gegen Immigranten mit muslimischem Hintergrund richtet.



Spartakist

Rostock, 5. Juni: Spartakisten verteilen Flugblätter und werben für die SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag

mischem Hintergrund richtet.

Die SAV ruft in ihrem Wahlprogramm dazu auf: „Kein Fußbreit den Faschisten statt dessen Massen-Mobilisierung gegen Naziaufmärsche durch Gewerkschaften und antifaschistische Organisationen“. Aber für sie sind Mobilisierungen der Arbeiterklasse gegen die Nazis nicht entgegengesetzt zu verrotteten Appellen an den bürgerlichen Staat, gegen die Nazis vorzugehen. So bringen sie es fertig, nur einen Absatz vorher zu erklären: „Doch die Stadt müsste neben den verwaltungsrechtlichen Schritten vor allem die Rostocker Bevölkerung mobilisieren, um Nazi-Aufmärsche zu verhindern.“ Die Stadt bzw. Stadtverwaltung ist Teil des bürgerlichen Staates, der im Kern, wie Marx und Lenin erklärten, aus Polizei, Armee und Gerichten besteht. Er ist nicht neutral. Er dient der Kapitalistenklasse. Die Nazis dienen den Kapitalisten als Reservearmee, falls ein aufständisches Proletariat droht, der sozialdemokratischen Kontrolle zu entgleiten und auch nicht mehr durch Polizei und Armee beherrschbar zu sein. Deshalb kann der Staat der Kapitalisten nicht dazu benutzt werden, die Nazis zu stoppen.

Das Nazi-Pogrom in Rostock-Lichtenhagen im Sommer 1992 unter dem Schutz der Polizei hat dies brutal gezeigt. Aus dem gleichen illusorischen Glauben an die Klassenneutralität des bürgerlich-demokratischen Staates unterstützte die SAV in ihrer Zeitung im letzten Jahr Bullen-„Proteste“ in Hessen. Wie wir erklärten, sind bessere Arbeitsbedingungen für die Polizei (wie brutaler Knüppel, bessere Rüstungen, größere Kanonen ...) direkt gegen die Interessen von Arbeitern, Linken, Flüchtlingen gerichtet, die doch direkt durch diese Bullen unterdrückt werden. Ebenso nimmt die SAV auch keine Position gegen die rassistische Kampagne für ein Kopftuchverbot in Deutschland ein. In der März-Ausgabe der *Solidarität* berichten sie über ihre Opposition gegen das Kopftuchverbot in Frankreich, beziehen aber keine Position dagegen in Deutschland. Doch dort findet im Kern die gleiche Art von rassistischer Kampagne statt wie hier. Und gerade im recht religionsfeindlichen Osten wird dieser progressive Impuls vieler Arbeiter und Frauen in Unterstützung für dieses rassistische Gesetz kanalisiert. Denn SPD, Grüne und PDS behaupten verlogener Weise, ihre rassistische Kampagne gegen muslim-

Fortgesetzt auf Seite 26

US-Hafentrucker...

Fortsetzung von Seite 28

Jeden Tag der letzten Woche protestierte vor dem APL-Terminal im Hafen von Oakland eine Gruppe von 300 sehr lauten und entschlossenen Hafentruckern und fliegenden Streikposten und marschierte durch sämtliche Ein- und Ausfahrten, um zu versuchen, die Laster vom Verlassen bzw. Erreichen ihrer Stellplätze abzuhalten. Die Hafengebäude haben anfangs versucht, die Aktionen zu verhindern, indem sie eine Kommission einsetzten, die „die Beschwerden der Fahrer anhören“ sollte. Als das abgelehnt wurde, hat der Hafen eine Versammlung einberufen, bei der ein paar Firmen versprochen die Frachtraten zu erhöhen. Aber wie ein Vertreter der Fahrer dem *San Francisco Chronicle* (8. Mai) mitteilte: „Man kann nicht die Hälfte der Fahrer zurück zur Arbeit gehen lassen und die anderen hängen lassen.“ Schließlich bekam der Hafen am 7. Mai einen Gerichtsbeschluss, der die Proteste vor den Ein- und Ausfahrten der Terminals verbot. Obwohl die Fahrer jetzt an die Arbeit zurückgekehrt sind, boykottieren sie immer noch vier Speditionen, die sich weigern, die Diesel-Mehrkosten zu bezahlen, und sie versprechen, nächsten Monat wieder zu streiken, wenn die versprochenen Frachtraterhöhungen nicht stattfinden.

Diejenigen, die die gesamte Westküste bedienen, sind hauptsächlich Kurzstreckenfahrer, die ihre eigenen Sattel-schlepper kaufen müssen und alle dazugehörigen Kosten wie Steuer, Kraftstoff, Versicherungen und Werkstattkosten selbst tragen müssen, um arbeiten zu können. Hafentrucker waren früher gewerkschaftlich organisiert und bekamen Tariflohn. Durch die Deregulierung des Speditionsgewerbes in den frühen 80er-Jahren, zusammen mit dem allgemeinen

Angriff auf die Arbeiter in den USA, werden die Hafentrucker jetzt pro Fuhre bezahlt, müssen oft stundenlang an den Terminal-Einfahrten warten und arbeiten 15 bis 18 Stunden am Tag, ohne gewerkschaftlichen Schutz vor den großen Reedereien und Speditionen. Eine Fahrerin in Virginia drückte es während der Arbeitsniederlegung in Norfolk so aus: „Es ist ein langsamer Tod. Wir können es uns nicht leisten aufzuhören, aber wir können es uns auch nicht leisten weiterzumachen.“ Sie erklärte, dass sie letztes Jahr 76 000 Dollar „verdient“ hat, aber nach allen Abzügen nicht mehr als 15 000 Dollar übrig hatte. „Ich habe keine Krankenversicherung, ich habe keine Ersparnisse, ich habe keine Rente, ich habe keine Versicherung für Zahnartzkosten. Ich kann so nicht weitermachen“ (*San Diego Union-Tribune*, 6. Mai).

Die Lage schreit nach einer gewerkschaftlichen Rekrutierungskampagne. Die Bosse behaupten, dass der Status der Fahrer als „Selbstständige“ eine gewerkschaftliche Organisation illegal mache, aber die Arbeiter haben durch harten Klassenkampf immer Fortschritte gemacht gegen die Gesetze der Bosse. Die Führer der Hafentarbeitergewerkschaft erzählen ihren Mitgliedern, dass die Hafentrucker nicht in den Gewerkschaften sein wollen. Aber ein südasiatischer Fahrer in Oakland drückte die Stimmung aus, die wir überall angetroffen haben: „Wenn ein Gewerkschaftsfunktionär käme, um uns zu organisieren, würden mindestens 98 Prozent Ja sagen.“ Die Hafentrucker in Los Angeles haben in den letzten 2 Jahrzehnten bei vier verschiedenen Gelegenheiten hart für gewerkschaftliche Organisation gekämpft (siehe „Victory to L.A. Port Truckers!“ [Sieg den Hafentruckern in LA!], *Workers Vanguard* Nr. 645, 10. Mai 1996). Die *Organisierung der Hafentrucker in Gewerkschaften*, egal welche Gewerkschaft das durchführen würde, wür-

SAV Rostock...

Fortsetzung von Seite 25

mische Frauen hätte etwas mit der Trennung von Kirche und Staat zu tun, wo der Staat doch aufs Engste mit der katholischen und protestantischen Kirche verbunden ist.

Am 3. April gingen bundesweit 500 000 gegen die sozialen Angriffe der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung auf die Straße. In Berlin viele auch gegen den SPD/PDS-Senat. Nur ein Jahr zuvor fanden Massenproteste gegen den US-Krieg gegen Irak statt. Anstatt die Proteste letztes Jahr gegen den Irakkrieg mit einem Kampf gegen die eigene imperialistische Regierung zu verbinden, wurden sie von der Gewerkschaftsbürokratie und Pseudolinken krimineller Weise in Unterstützung für die SPD/Grünen-Regierung kanalisiert. Ergebnis: Am 14. März 2003, dem Tag von fünf Minuten DGB-Aktion zur verräterischen Unterstützung der SPD/Grünen-Regierung, die sich aus imperialistischen Motiven gegen den bevorstehenden US-Angriff auf den Irak aussprach, verkündete Schröder die Agenda 2010. In der ganzen Wahlerklärung der SAV spielt jedoch imperialistischer Krieg, eine Frage von Leben und Tod für die Arbeiterklasse, keine Rolle; ganz zu schweigen von der Truppenpräsenz der Bundeswehr in Afghanistan und auf dem Balkan. Das schwächt die politische Opposition ihrer Wahlkampagne zu SPD und PDS erheblich. Überall sieht man schwarzrot-goldene SPD-Plakate mit „Friedensmacht – neue Stärke“. Und die PDS verkündet: „Europa an der Seite der UNO, nicht im Schatten der USA.“ Dieses üble chauvinistische Gift, den deutschen Imperialismus als etwas Besseres gegenüber seinem US-Rivalen zu verkaufen, soll nicht zuletzt die Akzeptanz für die sozialen Angriffe der Regierung erhöhen und die jetzigen Kolonialeinsätze der Bundeswehr im Balkan und in Afghanistan legitimieren.

Die Proteste vom 1. November 2003 und dann vom

3. April bringen die Wut auf die Regierungsangriffe von SPD und PDS zum Ausdruck. Deshalb finden wir es wichtig, dass die grob klassenunabhängige Kandidatur der SAV in Rostock gegen SPD und PDS ein Erfolg wird, um die Loslösung von Arbeitern von SPD und PDS nach links voranzutreiben. Doch um wirklich im Interesse der Arbeiterklasse kämpfen zu können, reicht es nicht, einfach unzufrieden über die arbeiterfeindliche SPD/PDS-Politik zu sein. Die Arbeiterklasse braucht eine revolutionäre Partei, und das bedeutet eine revolutionäre, internationalistische und multiethnische Arbeiterpartei. Eine Partei werden wir nur durch eine politisch fundierte Spaltung der Sozialdemokratie schmieden können. Die SAV sagt in ihrer Wahl-erklärung:

„Eine neue Massenpartei von Arbeiter/innen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, *selbst wenn diese anfangs kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde*. Sie würde Massen von Arbeiter/innen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt für die Einheit der Arbeiterklasse ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.“ (Unsere Hervorhebung)

Diese Zwei-Etappen-Theorie der SAV zum Aufbau einer „sozialistischen Partei“ bedeutet in der Realität eine Anbiederung an Antikommunisten und andere Klassenverräter, die sich in den diversen Wahlalternativen zur SPD tummeln. Das führt uns und die Arbeiterklasse nur zurück in die sozialdemokratische Sackgasse, aus der wir ja gerade einen Ausweg suchen.

Die SAV-Wahlkampagne gegen SPD und PDS in Rostock stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar. Bei all unseren Differenzen zur SAV rufen wir deshalb dazu auf: **Wählt SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag! Keine Stimme für SPD und PDS!** ■

de zwischen den Hafentarbeitern und Hafentruckern in den Häfen die Solidarität der Arbeiterklasse schmieden und dazu beitragen, die Mauern zwischen Immigranten und Amerikanern, zwischen Schwarzen und Weißen und zwischen Jungen und Alten einzureißen. Die Hafentrucker brauchen auch die *gewerkschaftliche Kontrolle über die Einstellungen (Union Hiring Hall)*, die die gerechte Verteilung der Arbeit und standardisierte Bezahlung sicherstellt.

Die Teamsters (Transportarbeitergewerkschaft) und die ILWU (Hafentarbeitergewerkschaft) haben im Dezember 2001 zusammen mit der ILA (Hafentarbeitergewerkschaft an der Ostküste) ein Bündnis angekündigt, um die Häfen „100 Prozent gewerkschaftlich“ zu organisieren, aber keine dieser Gewerkschaften hat wirkliche Anstrengungen unternommen, um die Hafentrucker zu organisieren. Ganz im Gegenteil. Die Teamsters haben sich beeilt, sich von der kämpferischen Taktik der Hafentrucker loszusagen, und erklären dem *American Shipper* (28. April): „Wir werden unseren Namen nicht für etwas hergeben, bevor wir nicht die Kontrolle über die Tagesordnung haben“, und haben stattdessen eine Eingabe an die Hafenbehörde vorgelegt, die „faire und gerechte Kraftstoff-Zuschläge“ fordert. Ein paar Teamster-Bürokraten sind zu den Kundgebungen rausgekommen, während *Teamster-organisierte „SeaLogix“-Fahrer während des Streiks beim Arbeiten auf und am Maersk/Sealand-Terminal in Oakland gesehen wurden*. Soviel zur Klassen-solidarität! Aber das ist keine Überraschung bei einer Bürokratie, die eine protektionistische und chauvinistische Kampagne dagegen betrieben hat, dass mexikanischen LKW-Fahrern erlaubt würde, in die USA hineinzufahren.

Die Führung der ILWU, deren Mitglieder täglich eng mit den Hafentruckern zusammenarbeiten, ist nicht viel besser. Eine Ankündigung der ILWU-Ortsgruppe San Francisco/Bay Area riet, dass die Hafentarbeiter gleich an ihre Arbeitsstätten gehen, um die Hafentruckerproteste zu vermeiden, und erklärte, dass die Firmen schon informiert wurden! Die ILWU-Führung, die so gerne die Arbeiterlosigkeit „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle“ hochhält, hätte ihre Mitglieder beauftragen sollen, die Aktion der Hafentrucker zu respektieren.

Die Hafentrucker zu organisieren würde die ILWU, deren Zukunft bedroht ist durch steigende Isolation und Verwundbarkeit einer zahlenmäßig kleinen, ausgebildeten Arbeiterschaft, beträchtlich stärken. Selbst jetzt, wo sie nicht organisiert sind, wurde die Macht, die die Hafentrucker haben, durch die Wirkung ihrer siebentägigen Aktion auf den Hafen von Oakland, den viertgrößten Hafen des Landes, ganz klar gezeigt: Union Pacific musste die Fracht von Nordkalifornien weggleiten, gleichzeitig drohte das NUMMI-Autowerk, die Produktion einzustellen. ILWU-Unterstützung für eine Rekrutierungskampagne ist entscheidend für die Hafentrucker, genauso wie die Hafentrucker jeden Versuch der Hafentarbeiter, die Häfen dichtzumachen, entweder siegen oder scheitern lassen können.

Stattdessen stellen sich die ILWU-Bürokraten auf die Seite des arbeiterfeindlichen, immigrantenfeindlichen und schwarzenfeindlichen „Krieges gegen den Terror“ gegen die Hafentarbeiter, die überwiegend ethnischen Minderheiten angehören. Als der Kongress im November 2002 den Maritime Security Act beschlossen hatte – der die Jobs aller Hafentarbeiter, insbesondere der Immigranten, bedroht – und Bush ihn in Kraft setzte, heuerten die ILWU-Bürokraten bei der „Sicherheits“-Hexenjagd der Regierung an und boten ihre Mitglieder für die Überwachung der Häfen feil, während der Internationale Vorsitzende der ILWU, James Spinoza, gegen „unbekannte LKW-Fahrer“ schimpfte, denen „freier Zugang zu unserer Arbeitsumgebung erlaubt“ würde.

Bei einer Kundgebung am Banning Park in der Nähe von

Long Beach am 30. April stand auf einem herausstechenden handgemalten Plakat: „Kein Krieg“; in Oakland waren fast alle Trucker entschieden gegen die Besetzung des Irak. Die Trucker, mit denen wir sprachen, hatten ein reges Interesse an breiteren politischen Fragen, vom fünf Monate andauernden Supermarkt-Streik in Südkalifornien bis zu unserer Verteidigung der Kubanischen Revolution. Eingewanderte Arbeiter haben Klassenkampf-Traditionen und linksgerichtete politische Anschauungen mitgebracht, die in der amerikanischen, politisch eher rückständigen, Gewerkschaftsbewegung bitter nötig sind.

Der Arbeitsplatz ist immer noch der einzige Ort in diesem Land, wo es Rassenintegration gibt. Die LKW-Fahrer in Los Angeles sind überwiegend Latinos, während es in Oakland auch Südasiaten, Afrikaner, Araber, Iraner und Filipinos gibt. Wo eine Gewerkschaft fehlt, rücken oft die ethnischen Unterschiede in den Vordergrund. LKW-Fahrer sind Zielscheibe von immigrantenfeindlichem Chauvinismus, während sie selbst manchmal borniert gegenüber Schwarzen sind. Aber ein Genosse sagte über die Proteste in Oakland: „In den Reden und im Allgemeinen gab es von allen ethnischen Gruppen Anstrengungen, die jeweils anderen zu erreichen; sie bestanden darauf, dass sie, um zu gewinnen, absolut einig sein müssen. Es kam wirklich zum Ausdruck, dass Klassenaktionen die ethnischen und rassischen Mauern einreißen.“

Um solche Einheit der Arbeiterklasse sicherzustellen sowie ihre Fähigkeit, ihre potenzielle soziale Macht zu nutzen, bedarf es eines *politischen* Kampfes innerhalb der Gewerkschaften für eine klassenkämpferische Führung, die gegen rassistische Unterdrückung von Schwarzen, für die Rechte der Frauen sowie gegen immigrantenfeindliche Borniertheit kämpfen würde. Was die jetzigen Teamster-, ILWU- und ILA-Irreführer gemeinsam haben, ist ihre prokapitalistische Einstellung. Ihr Glaube an die Zusammenarbeit mit den Feinden der Arbeiterklasse wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden der Teamster-Hafenabteilung, Ron Carver, gut zusammengefasst: „Wir haben eine Geschichte, für unsere Arbeitgeber einzutreten“ (*Journal of Commerce*, 15. März).

Am 9. Februar 2002 konnte in Oakland eine wichtige Lehre gezogen werden. Das Partisan Defense Committee, die Labor Black League for Social Defense und die revolutionäre Spartacist League/U.S. initiierten und mobilisierten die erste Demonstration gegen die Angriffe auf Immigranten und gegen den Maritime Security Act, beides nach dem 11. September von den Kapitalisten (Demokraten wie Republikanern) vorangetrieben. Der Protest wurde von der ILWU-Ortsgruppe 10 und den San Francisco Day Laborers [Unständige] aktiv aufgebaut. Um ihn zu organisieren, mussten wir mit der Bürokratie der ILWU politisch kämpfen, die versuchte, die Hafentrucker auf dem Altar der „nationalen Sicherheit“ zu opfern. An diesem Tag mobilisierten wir die Macht der Arbeiter unabhängig von den kapitalistischen Parteien und zeigten im kleinen Maßstab, was eine revolutionäre Arbeiterpartei tun würde: alle Unterdrückten im gemeinsamen Kampf für Arbeitermacht zu mobilisieren.

Nach den Streiks an der Westküste haben Ende Juni auch Hafentrucker an der Ost- und der Golfküste gegen die hohen Spritpreise, zermürbende Ausbeutung und die Antigewerkschaftsgesetze gestreikt. So wurde am 28. Juni in Port Newark, New Jersey, einer der größten Containerhäfen der USA zu 90 Prozent lahm gelegt. Hafentrucker demonstrieren außerdem in Charleston, Savannah, Miami und New Orleans. Während viele Streikende am 30. Juni wieder die Arbeit aufgenommen hatten, blieb der Hafen von Miami praktisch dicht und in Charleston streikten die Hafentrucker bis zum Wochenende.

Übersetzt nach *Workers Vanguard* Nr. 826, 14. Mai 2004

SPARTAKIST

Streiks in US-Häfen: Organisiert die Hafentrucker!

Oakland, 10. Mai – Die LKW-Fahrer, die Container in den belebten Hafen von Oakland rein und wieder raus bringen, haben die Arbeit für eine Woche eingestellt und so die Bewegung der Container um ganze 90 Prozent eingeschränkt, während sich die Ládungen auf den Terminals stapeln. Die Hafentrucker von Oakland protestieren gegen den in die Höhe geschossenen Preis für Diesel, während die Preise pro Fuhre gleich geblieben sind. Die Hafentrucker sind Teil einer wachsenden landesweiten Bewegung von LKW-Fahrern, die geschworen haben, weitere Proteste und Arbeitsniederlegungen durchzuführen, bis sie mehr Geld pro Fuhre bekommen. Auch die Trucker des Bahnanschlusses der Union Pacific in Lathrop bei Stockton, Kalifornien, haben die Arbeit für mehr als eine Woche niedergelegt, und in Norfolk, Virginia, gab es am 6. und 7. Mai eine zweitägige Arbeitsniederlegung. In anderen Häfen im ganzen Land und in Kanada sind weitere Aktionen geplant.

Am 30. April führten hunderte von LKW-Fahrern in Los Angeles und Long Beach Proteste durch. Drei Fahrer parkten ihre Sattelschlepper auf dem Highway 5 und legten so den morgendlichen Berufsverkehr für drei Stunden lahm, während andere mit einem Banner „Die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer ärmer“ den Verkehr auf dem Harbor Freeway (110) auf 8 km/h reduzierten. Laut Anwalt Jim De Maegt von der Bundesanwaltschaft wurden



Wilmington, Kalifornien, 30. April: Hunderte Hafentrucker protestieren gegen steigende Dieselpreise und für höhere Bezahlung ihrer Fuhren

in Los Angeles mindestens drei Latino-Hafentrucker angeklagt und verhaftet. In Lathrop werden ein Streikposten und ein Fahrer wegen des Versuchs, einen Laster anzuhalten, der Körperverletzung und der Anstiftung zum Aufruhr beschuldigt; in Oakland wurden vier verhaftet wegen verschiedener falscher Anschuldigungen von Körperverletzung und Vandalismus. Wir fordern sofortige Einstellung aller Verfahren. Nieder mit allen Anklagen!

Fortgesetzt auf Seite 26

Kritische Wahlunterstützung in Rostock Warum so ablehnend, SAV?

Bei den Kommunalwahlen am 13. Juni in Rostock erhielt die SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag 2,5 Prozent der Stimmen (circa 10 Prozent dessen, was die PDS erhielt) und gewann einen Sitz im Rostocker Stadtrat. Wir gratulieren Christine Lehnert zu ihrem Sieg und freuen uns, dass wir einen kleinen Anteil daran hatten, dieses Ergebnis möglich zu machen.

Die herrschenden Parteien PDS/SPD erreichten 24 Prozent bzw. 21,4 Prozent in Rostock: ein Rekord-Tiefpunkt für die sozialdemokratischen Koalitionen, die die kapitalistischen „Reformen“ in Deutschland und Europa verwalten. Die Unterstützung für die SPD brach ein, da ihre Arbeiterbasis sich massenhaft von den Wahlurnen fern hielt. Nur 35 Prozent der Wahlberechtigten in Rostock gingen überhaupt wählen, teilweise weil sie desillusioniert sind, aber

auch weil sie die SPD-Führer für ihre Angriffe wie die Agenda 2010 und die Hartz-„Reformen“ abstrafen wollen.

Wir gaben der Sozialistischen Alternative Voran (SAV) kritische Wahlunterstützung, weil ihre Kampagne ein partieller Ausdruck von Klassenunabhängigkeit gegen die beiden sozialdemokratischen Massenparteien (SPD und PDS) war. Wir boten der SAV Hilfe in ihrer Wahlkampagne an, trotz der prinzipiellen Differenzen mit ihrem reformistischen Programm. Aber die SAV-Führung reagierte feindselig auf die Idee, dass Kommunisten für sie in der Wahlkampagne auftreten, was den großen Unterschied zwischen Trotzismus und Reformismus verdeutlicht.

Die SAV-Führung sagte uns und ihrer Mitgliedschaft wiederholt, dass sie „diskutieren“ würden, ob sie unsere

Fortgesetzt auf Seite 22